

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernzettel oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 30 Pfg. (außerdem 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zur Grubenkatastrophe auf Lothringen.

Das Jahr 1912 ist für die Bergarbeiter des Ruhrreviers ein Schreckensjahr. Im Jahresanfang nahmen sie einen hoffnungsvollen Kampf auf. Jäh mußte er aber infolge des christlich-zentristischen Arbeiterverrats abgebrochen werden. Durch eine wüste verlogene Hege der Zentrums- und Kapitalistenpresse hatte man die gesamte Öffentlichkeit, hatte man die Polizei- und Staatsgewalt gegen die Bergarbeiter mobil gemacht. Maschinengewehre wurden den um mehr Brot und Lebensschutz kämpfenden Bergarbeitern als Zeichen der staatlichen Macht gegenübergestellt. Wenn jemals den Bergarbeitern des Ruhrreviers klar gemacht wurde, daß die Regierungsgewalt das Exekutivorgan der herrschenden Klassen ist, dann in diesem Frühjahr. Behelms- und schwarze Gendarmerte, „christliche“ Arbeitersekretäre und Grubenkapitalisten wirkten gemeinsam, um den Kampf der Bergarbeiter niederzurufen. Von Mob und Gesindel rebete man (Effekt) den Streikposten gegenüber. Durch dieses vereinte Wüten gelang es, Wankelmüt in die Reihen der Streikenden zu bringen. Der Kampf wurde abgebrochen. Erfolglos!

Die Grubenverwaltungen, von fanatischen „Christen“ aufgepeitscht, zogen den Bergarbeitern wegen Kontraktbruchs den Lohn für sechs Schichten ab. Den Bergarbeiterkindern wurde das Brot aus den Händen geschlagen. Und das zur gnadenbringenden Osterzeit!

Schon während der letzten Tage des Streiks setzte die Mühle der Streikjustiz ein. Sie klappert heute noch. Weit über 100 Jahre Gefängnis, Tausende und Abertausende von Mark an Geldstrafen wurden verhängt. Mütter mit Säuglingen an den Brüsten wanderten ins Gefängnis!

Das alles nannte der vornehmste Vertreter der Zentrums- und Kapitalistenpartei, Herr Peter Spahn, einen Sieg der christlichen Bergarbeiter, wie er herrlicher und schöner nicht erfochten werden könnte!

Und nun? Jetzt sind es die „armen, besagtenwerten“ Bergleute. Schon nach dem Grubenunglück auf der Zeche Osterfeld setzte das Weinen und Bedauern ein. Ueber diese Opfer hat sich die Erde gewölbt, sie sind vergessen. Es waren „nur“ 16 Tote.

Schon wieder aber kommt aus dem Bereich der Schächte eine weit größere Schreckensstunde. 110 Bergleute sind als Tote geborgen, einige werden noch vernichtet. Auch von den im Krankenhaus untergebrachten werden noch einige unter Qualen ihren Geist aushauchen, so daß mit 120 Tote gerechnet werden kann.

Wie kam die Katastrophe? Bei der Untersuchung dieser Frage macht es sich die Zentrums- und Unternehmerpresse leicht. Die „Westfälische Volkszeitung“ (Wochum, Zentrumsblatt) schreibt, daß durch diese Katastrophe Gott mit starker Stimme verurteilt:

„Du elender Erdenschwurm, ich bin auch noch da. Ich bin mächtiger als Du.“

Die „Bergwerks-Zeitung“, ein Unternehmerblatt, schreibt:

„Diese Katastrophe zeigt von neuem, daß Menschenmacht wohl denken und vorsehen kann, daß aber die Lenkung des Geschicks in höherer Hand liegt.“

Das Unglück ist also entstanden durch Gottes Fügung, das ist die Erklärung, die diese Sorte Zeitungen zu geben hat!

Kaiser Wilhelm II. ist am Freitag, von Essen kommend, in Begleitung des Reichszanzlers, Krupp v. Bohlen-Dalbachs, des Prinzen Heinrich, des Handelsministers, des Ober- und Regierungspräsidenten auf der Unglückszeche gewesen. Im Verwaltungsgebäude hat der Bergrevierbeamte für Bochum-Nord, Bergrat Döbbelstein, über die Ursache der Katastrophe dem Kaiser Vortrag gehalten. Ueber den Vortrag wurde der Presse mitgeteilt:

„Der Explosionsherd sei unterhalb der dritten Sohle in einem Querschlag der vierten Abteilung zu suchen.“

Es seien an der Unglücksstelle Schlagwetter festgestellt, die von einem in einiger Entfernung befindlichen Bläser genährt worden. Es sei deshalb angeordnet worden, daß die Wetter beiseite geführt werden müßten, bevor wieder geschossen werde. Diese Anordnung sei zwar von der Belegschaft befolgt worden, aber es sei doch geschossen worden, bevor die Wetter völlig weg gewesen und trotzdem ein Beamter zugegen gewesen sei.

Der Hergang werde noch dadurch geklärt, daß nach der Explosion die Maschine mit den Zünddrähten 60 Meter vom Ort entfernt neben zwei Toten gefunden worden sei.

Wir wollen zunächst festhalten, daß zugegeben wird, daß Schlagwetter vorhanden waren, und daß man von dem Vorhandensein der Schlagwetter wußte. Ob es nun ganz bestimmt ist, daß der Explosionsherd nur an der vom Bergrevierbeamten bezeichneten Stelle zu suchen ist, ist noch keineswegs sicher. Man nimmt das an, weil man eine elektrische Zündmaschine, noch an den Schießdrähten befestigt, neben zwei Toten gefunden hat. Der eine dieser Toten war der Steiger Führer.

Aber angenommen, das wäre der Explosionsherd. Wenn dann nur an dieser Stelle Schlagwetter gestanden hätten und im übrigen die Grube wetterfrei war, dann konnte die Katastrophe nicht einen solchen Umfang annehmen, wie sie ihn angenommen hat. Die Explosion hat sich über drei Steigerreviere erstreckt. Die Steigerreviere liegen immerhin etwas räumlich getrennt aneinander. In zwei Steigerrevieren hat die Katastrophe furchtbar gewütet und alles vernichtet. Aus dieser Tatsache schließt jeder Praktiker, daß nicht nur in dem angenommenen Explosionsherd Wetter gestanden, sondern daß Wetter in dem ganzen Explosionsgebiet in großen Mengen vorhanden waren! Das ist die einzige Erklärung für die große Ausdehnung der Katastrophe. Eine andere Erklärung gibt es nicht!

Es ist ja auch schon früher von dem zuständigen Sicherheitsmann an den verschiedensten Stellen seiner Fahrabteilung, die das ganze Explosionsgebiet umfaßt, Feuer festgestellt worden. Diese Feststellungen sind auch in das Jahrbuch eingetragen worden. Dafür hat man den Sicherheitsmann gerüffelt und innerhalb seiner knapp zweijährigen Tätigkeit 21 mal in schlechtere, weniger lohnende Arbeiten verlegt.

Das Schikanieren der Sicherheitsmänner, deren Tätigkeit der Verhütung von Grubenkatastrophen gewidmet sein soll, ist auf der Zeche Lothringen auf der Tagesordnung. In einem Prozeß, der gegen den verantwortlichen Leiter des unterirdischen Betriebes, gegen den Betriebsführer Lins, angestrengt war, weil er einen Sicherheitsmann an der Ausübung seiner Kontrolle verhindert hatte, sagte der Vertreter der Anlage, Herr Rechtsanwalt Gierig-Bochum:

„Ich beweise, daß E. (der Sicherheitsmann war) deshalb gefädigt wurde, weil man wußte, daß er als Sicherheitsmann gewählt werden würde. Der Reviersteiger hatte davon gehört und es dem Betriebsführer gemeldet und darauf ist E. gefädigt worden. Ich stelle ferner unter Beweis, daß vier weitere Sicherheitsmänner auf Lothringen schikaniert worden sind.“

Die Verhandlung gegen den Betriebsführer Lins fand am 6. April 1911 statt. Lins wurde in dieser zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen Sicherheitsmann an der Ausübung seines Amtes behinderte. Der Herr Betriebsführer gab sich mit diesem Urteil zufrieden. Er wußte wohl, warum.

Der Kaiser hat bei seinem Dasein auf der Zeche auch mit einigen Bergarbeitern, ja sogar mit Sicherheitsmännern, natürlich hat man ihm nur Selbe vorgelesen, gesprochen. Den zuständigen Sicherheitsmann, der sofort nach der Katastrophe eingefahren und sich hervorragend an den Rettungsarbeiten beteiligt hat, hat man dem Kaiser nicht vorgestellt. Ja, man hat ihn gewissermaßen während dieser Zeit auf der Zeche ausgesperrt. Hat man befürchtet, daß er über die Behandlung, die man ihm als Sicherheitsmann hat zuteil werden lassen, einiges erzählen könnte? Oder befürchtete man, daß er über die Wetterverhältnisse in seiner Abteilung, in welcher das Unglück passierte, einiges sagen würde? Vielleicht hätte er auch dem Kaiser gesagt, daß, wenn nur Schlagwetter an dem bezeichneten Explosionsherd gewesen wären, die Katastrophe nicht diesen Umfang annehmen konnte!

Die Sicherheitsmänner von heute mit ihren gefädelten Machtbefugnissen sind — weiße Salbe! Nicht im geringsten sind sie in der Lage, eine Verminderung der Unfälle zu erzielen. Sicherheitsmänner, die ihr Amt gewissenhaft nehmen, werden, wie Figura zeigt, schikaniert und gedrückt. Man kann darum die Toten von Lothringen als Blutzengen eines mangelnden Bergarbeiter-schutzes und einer mangelhaften Grubenkontrolle ansehen!

Wenn keine Änderung erfolgt, wenn die Arbeiterkontrollen nicht mit größeren Machtbefugnissen ausgestattet werden und gegen die Schikanen der Zecheverwaltungen gesichert werden, dann werden wir im Ruhrgebiet noch manches Kabbod und Lothringen erleben.

Wer trägt die Schuld?

Aus Steigerkreisen wird über die Ursache der Katastrophe geschrieben:

Das Unglück auf Zeche „Lothringen“ ist in der Hauptsache durch eine Kohlenstaubexplosion verschuldet worden. Die Zeche baut in der oberen Fettkohlenpartie, in den Flözen, die unter Flöz Katharina liegen. Es ist dies die schlagwetterreichste Gruppe der gesamten Steinkohlenformation des Ruhrreviers. Die Flöze liegen enganeinander, sind außerordentlich gasreich und die Kohle zerfällt sehr leicht. Hier findet man den sogenannten fetten, sammetweichen Kohlenstaub, über den das Wasser beim Verrieseln hinwegläuft, ohne sich mit dem Staub zu verbinden, wenn nicht der nötige Wasserdruck vorhanden ist, um die Kohle aufzuwirbeln. Denn nur so nimmt sie Feuchtigkeit an. Es ist dieselbe Flözgruppe, in der auf Osterfeld die Wetter schlugen und in der sich fast alle größeren Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen des Ruhrreviers abspielten.

Die Flöze liegen wie gesagt ziemlich nahe beieinander und ihr Abbau erfolgt deshalb von einer gemeinsamen Strecke (Nichtstrecke genannt) aus, von der man durch blinde Schächte, d. h. senkrechte Betriebe, und durch Querschläge, d. h. horizontale, rechtwinklig zum Flöz stehende Strecken, die Verbindung mit den Kohlenablagerungen herstellt. In einem solchen Querschlag haben sich die Schlagwetter

an einem Sprengschuß entzündet —, genau so wie auf Osterfeld. Der Kohlenstaub ist dadurch aufgewirbelt worden, explodierte, und da genügend Kohlenstaub zur weiteren Ausbreitung vorhanden war, schlug die Flamme in die im Abbau stehenden Flöze hinein und vernichtete alles Lebende.

Das Unglück hat sich auf Zeche „Lothringen“ genau nach der Schablone abgespielt, die an den Bergschulen bei der Beschreibung einer Explosion angewandt wird. Dort wird von den Bläsern nur als von anormalen Fällen gesprochen, ganz im Gegensatz zu den Grubenbesitzern, die alle Unglücke auf die ominösen Bläser schieben.

Die Ursache der Explosion ist dieses Mal einwandfrei festgestellt. In dem Querschlag haben Schlagwetter gestanden und trotzdem ist, trotz gegenteiliger Bestimmungen der Bergpolizei, geschossen worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist außerdem der Schuß zu stark geladen gewesen. Und dies ist unter der Aufsicht eines Steigers geschehen. Also unter der Obhut dessen, der laut Gesetz dazu da ist, die Befolgung der Bergpolizei zu überwachen. Für den Laien scheint dies ein ungeheures Verbrechen zu sein, der Kenner der Verhältnisse wundert sich darüber nicht. Steiger Bahmann ist Vater von 8 Kindern und hängt an seiner Existenz. Ein Stellenwechsel ist für ihn aber ausgeschlossen. Einmal ist er in dem Alter, in dem die Steiger schon „zu alt“ sind, außerdem ist er ohne Bergschulbildung. Er ist von Zeche „Lothringen“ aus dem Arbeiterstande herausgenommen worden. Und „ungeschulte“ Beamte können nicht wechseln. Sie sind Steiger von „Zeche Gnaden“.

Von dem Steiger P. verlangte die Betriebsleitung nun, mit der allergrößten Schnelligkeit die Querschläge und Ausbrüche — herzustellen. Und wieviel da geleistet werden kann, ist durch die Erfahrung ganz genau festgestellt. So ist es gar nichts Seltenes, daß jeden Tag ganz genau rapportiert werden muß, was getan worden ist. Und dreimal wehe, wenn es dem Vorgesetzten zu wenig erscheint. Nicht nur, daß dem Steiger, der infolge des Prämien-systems an der Höhe der Auffahrung interessiert ist, die Prämie sinkt, sondern sie wird ihm zum Teil noch entzogen. Man schnauzt ihn an — und der Umgangston gegen Steiger ist viel rüber als gegen die Arbeiter, da der Beamte sich viel mehr gefallen lassen muß — und droht ihm mit auf die Straße setzen oder bietet ihm Schläge an. So erteilte z. B. der Inspektor von Zeche „Adolf von Hansemann“ (Stinnes) vor wenigen Wochen dem Betriebsführer den Rat, die Steiger ins Gesicht zu schlagen. Oder man jagt die Steiger wieder in die Grube und läßt sie statt 8 Stunden, 16 Stunden arbeiten! Und auf Zeche „Lothringen“ wurden die Beamten aufs schärfste und rücksichtslos angegriffen. Nun standen in dem Querschlag Schlagwetter. Die Lutten (Machdröhen von 30—50 Zentimeter Durchmesser) waren durch das Schichten durcheinandergeschüttelt und an den Verbindungsstellen undicht. Frische Luft kam zu wenig bis vor die Arbeitsstelle, um die Wetter zu entfernen. Alle Bemühungen, durch Schwenken von Lappen, Spritzen mit Wasser oder Wasenlassen der Luftleitung die Wetter zu vertreiben, waren mißlungen. Was nun? Die Lutten zu dichten, jetzt noch das einzige Hilfsmittel, erforderte eine längere Spanne Zeit und Arbeit. Oben am Tage aber gibts Krach, wenn nichts geleistet wurde. „Wenn Sie es nicht können, so kann es ein anderer.“ (diese Worte sind in einem ähnlichen Falle vom Betriebsführer von Zeche Prosper ins Jahrbuch geschrieben worden und das betreffende Blatt hat dem Handelsminister vorgelegen!) heißt es da. Und bei diesem Gedanken entschließt sich der Steiger zum Schießen. Es ist so manchemal gut gegangen, es wird auch wieder gut gehen. Zum Schein läßt er nochmals die Wetter verjagen, schießt dann den oder die Arbeiter — es kommen höchstens zwei bis drei Mann in Frage — schnell weg, irgendetwas auszuführen und revidiert dann mit der Lampe. Kommen die Arbeiter zurück, so ruft er: „Jetzt schnell geschossen, es ist alles rein!“ Der Schein ist gewahrt und die Schüsse fallen. So geht es in der Praxis zu und so wird es auch in dem Querschlag auf Zeche „Lothringen“ der Fall gewesen sein! Der Steiger P. trägt die Schuld an dem Unglück, — formell — die wirkliche Ursache ist aber die Gehirngleichleistung, die den Steiger zwingt, jeden Tag viele Male fünf gerade sein zu lassen.

Wäre alles andere nun in Ordnung gewesen, so blieb die Explosion auf ihren Herd beschränkt und niemand oder nur die Arbeiter im Querschlagsbetrieb wären verlegt worden. Aber das war nicht der Fall. Der ärgste explosible Staub der Fettkohle war in genügender Menge vorhanden und verbreitete die Flamme. In dieser Tatsache liegt die Hauptursache des Unglücks. Wer trägt aber daran formal die Schuld? Vor den Betrieben die Arbeiter, in den Strecken und Schächten in erster Linie der Steiger, in zweiter Linie die oberen Beamten. Ihnen hätte dieser Zustand längst auffallen müssen. War doch im Augenblick der Explosion der Betriebsführer auch in jenem Felde und hat er seine Rettung nur blindem Glück zu danken. Von den Arbeitern abgesehen, die zum Verrieseln nur durch stetige, gewissenhafte Kontrolle und Auffklärung erzogen werden können, kommen die Steiger wieder zuerst in Frage. Sie sind die Verantwortlichen für alles und jedes. Ihre Tätigkeit ist es auch, die den Sicherheitszustand des Reviers am allermeisten beeinflusst. Der Druck von seiten der Betriebsleitung auf große Förderung bringt es nun mit sich, daß die Steiger ihr ganzes Sinnen und Trachten auf die Kohlen-gewinnung konzentrieren. Die Verrieselung des Kohlenstaubes hat aber nichts mit Kohlen-gewinnung zu tun. Die Verriesel-

lung kommt daher zu kurz. Manchmal fehlen Rohre und Schläuche. Entweder ist der Materialverbrauch schon zu groß und es muß gespart werden, oder man hat zu spät neue bestellt. In der Erde bleibt aber der Einbau der Wasserleitung zurück oder man benutzt je nach Bedarf eine Leitung für Wasser oder Preßluft. Dies wurde auch aus dem Unglücksrevier berichtet. Das Schlimmste ist aber der Mangel an Arbeitern. Die Verwaltung bzw. der Betriebsführer schreiben ganz genau vor, wieviel Mann der Steiger am Einbau der Rohre und zum Veriefeln verwenden darf. Und dabei wird sehr genau gerechnet. Fehlt nun ein Arbeiter in der Kohlengewinnung oder Förderung, so muß dieser unbedingt ersetzt werden, denn die Kohlengewinnung geht vor. Bei dem chronischen Mangel an unproduktiven Arbeitern wird nun in sehr vielen Fällen das Veriefelungspersonal hierzu verwendet. Der Staub aber bleibt liegen.

Gegenwärtig ist Hochkonjunktur. Die durch den Streit geleerten Lager müssen gefüllt werden. Die Zechen können liefern, soviel sie wollen. Die Sechsgang noch Kohlen, die zu normaler Zeit schon schlimm genug ist, hat Formen angenommen, die den Steigern jegliche Bestimmung raubt. Was sind Vorschriften, was ist Arbeitsschutz? „Kohlen, Kohlen“ heißt die Parole. Hierin ist die Ursache dieses Massenunglücks auf Zeche „Lothringen“ zu suchen, und auf Zeche „Ostfeld“ war es genau so.

Die Bergbehörde aber erklärt, dieser und jener Paragraph ist überflüssig. Wir waschen unsere Hände in Unschuld. Uns geht die Sechsgang nach Kohlen nur insoweit an, als wir Dividenden beziehen!

Die Bestattung der Opfer der Grubenkatastrophe auf Zeche Lothringen.

(Telegramm des „Vorwärts“.)

Bodum, 12. August.

Das Ruhrrevier wird durch die einander jagenden Ereignisse in Spannung gehalten: Bergarbeiterstreik, Militär- und Polizeimassaker, organisierter Monsterstreikbruch der Christlichen, Streikjustiz, Frauen und Säuglinge im Gefängnis, Wetterschlag auf Ostfeld — 20 Snappenleichen und wieder ein Schlag, eine Sekatombe! Auf „Lothringen“ wölbt sich ein neuer Leidenhügel!

Ueber die Stoppfelder der weltigen Ebene im Norden Bodums nach dem Emschertal zu streicht mit kaltem Schauer der frühe Herbstwind. Von den Schachttürmen, auf denen sich die Seilseile wie Riesenspinnräder drehen, weht die Flagge auf Halbmaße. Heute nachmittag findet die Bestattung von 99 Opfern der Schlagwetterkatastrophe in Gerthe statt. Schon von Mittag an ergießt sich ein Strom von Leidtragenden und Neugierigen, Meilenweit sind sie herbeigeeilt. Auf allen Strohen dasselbe Bild. Nervöse Unruhe. Die Menge flutet wie Genshvedenschwärme über Gärten und Acker, alles in Grund und Boden stampfend. Reporter schäben über 100 000 und mehr.

Der Zug setzt sich vom Bechenplatz in Bewegung. Hunderte Vereine mit Standarten, Musikkorps und Kranzträger; von schweren Grubenpferden gezogen die breiten Planwagen mit je 6 Särgen. Vor jedem Wagen ein Knabe mit einem Namensschild der Toten. Die fremden Namen zeigen das Zusammenströmen der Nationen im Ruhrrevier. Rechts vom Kirchhofsweg werden die Protestanten, links die Katholiken begraben in 15 bis 20 Meter langen, je 5 Meter breiten Gräbern. Da die Särge gehoben werden, tiefe Stille. Nur die Tannenzweige knistern — verhaltenes Weinen und Schluchzen. Eine Frau ruft mit polnischem Akzent: „Laß mich doch meinen Mann sehen, es ist doch das einzige, was ich ihm noch geben kann, daß ich ihm nachblicke!“ Hohe kirchliche Würdenträger im Ornat halten Reden. Totenpomp, Schaugepränge!

Ein markerstürmender Schrei einer Frau. Trauermelodien. Dumpfes Fallen der Schollen. Allmählich lichten sich die Massen . . .

Der Katholikentag in Aachen.

In Anwesenheit zahlreicher kirchlicher Würdenträger wurde am Sonntagvormittag 11 Uhr im Aachener Kurhaus die „99. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“ eröffnet. Als Präsident des Katholikentages wurde Justizrat Schmidt aus Mainz gewählt. Zum Ehrenpräsidenten wurde gewählt: Wechsimer Reichsjustizrat Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn. Ferner wurden gewählt: Fabrikbesitzer Brandt-M. Gladbach sowie Reichstagsabgeordneter Engelen-Cannabrück. Zum ersten Vizepräsidenten wurde gewählt Graf Edwin Hensel von Donnermarkt, zum Stellvertreter Jakob Weber-Gray bei Essen.

Dann wurden an den Papst und den Kaiser die üblichen Depeschen gesandt.

Der Festzug.

Schon in den frühen Nachmittagsstunden entwickelte sich in der Stadt ein reges Leben. Mehr als 100 Gützüge hatten die Festzugsteilnehmer aus allen Teilen des Rheinlandes nach der Stadt gebracht. Bereits um 1 Uhr erfolgte bei heftigem Regen die Aufstellung des Festzuges, der in zwei Kolonnen ausmarschierte, welche sich vor der am Eisenbrunnen aufgestellten Ehrentribüne bereiteten. An dem Zuge beteiligten sich 550 Korporationen mit etwa 30 000 Teilnehmern. 30 Musikkapellen befanden sich in dem Festzuge, an dem sich auch holländische und belgische Fahnendeputationen beteiligten. Auf der Ehrentribüne hatten die anwesenden Mitglieder des Episkopats, des Vorstandes und des Zentralkomitees Platz genommen. Vor derselben hielt der Vorsitzende der Festzugskommission, Oberstleutnant a. D. Haffe, eine kurze Ansprache.

12 Versammlungen.

Nach dem Vorbemerkten trennten sich die zwei Kolonnen, um in die 12 Versammlungsorte abzugehen. Die Hauptversammlung fand in der Festhalle statt, wo der Präsident des Zentralkomitees, Graf Droste-Bischoffing, den Vorsitz führte und Didgejanpräses Dr. Müller-Glabach eine Gedächtnisrede auf Kardinal Fischer hielt. In den übrigen Versammlungen sprachen Arbeiterssekretär Klost-Essen, Arbeiterssekretär Gronowski-Dortmund und Verbandssekretär Weber-Glabach.

Der Didgejanpräses Müller kam in seiner Gedächtnisrede auf den Kardinal Fischer auch auf dessen

Haltung zur christlichen Gewerkschaftsbewegung

zu sprechen. Er sagte: „Allen zum Wohle, niemand zuleide, das war der Wahlspruch unseres Kardinals Fischer, an dessen Grabe die tiefe Trauer seiner Didgejanen Kunde gab von der Liebe, mit der alle an ihm hingen. In jenen Tagen, als die schweren Kämpfe um die christliche Arbeiterbewegung tobten, haben die katholischen Arbeiter und auch die mit ihnen in den christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossenen gläubigen evangelischen Arbeiter alle bangen Sorgen wiedergeschlagen im Vertreten auf den Schultern ihrer Sache,

Kardinal Fischer. Was wir ihm schulden, das heute auszusprechen, ist uns Herzenssache. (Lebhafte Beifall.) Weil in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet der größte Teil der ansässigen Bevölkerung katholisch ist und auch im öffentlichen Leben sich Einfluß zu erhalten gewußt hat, liegt der Schwerpunkt der katholischen Arbeiterbewegung und der von ihm angeregten und heute noch überwiegend gestützten christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Kölner Erzdiözese. Der Kardinal forderte von seinen Priestern, daß sie überall Arbeitervereine gründeten. Er setzte seine ganze Autorität für die sozialen Bestrebungen ein, und manches Vorurteil, manche falsche Auffassung über die katholische soziale Arbeit hat er dadurch beseitigt, daß er sich persönlich an die Männer wandte, die an verantwortungsvoller Stelle standen. Es war nicht immer leicht für den Kardinal, seine Reformarbeit fortzuführen. Es kam eine Zeit, wo die grundsätzlichen Erweiterungen kein Ende nehmen wollten und diese schwerwiegende Streitfragen aufgeworfen wurden. Manche Frage ist inzwischen geregelt worden, über andere tobt der Streit weiter.

Der Kardinal war sich bewußt, was vom Ausgang dieser Kämpfe für die ganze Entwicklung der sozialen Bewegung abhing, und er zögerte keinen Augenblick, sich schützend vor die zu stellen, die unter seinen Augen und mit seiner Billigung für die Organisationen tätig waren. In Ansprachen und Hirtenbriefen trat er den Angriffen entgegen, und zweimal machte er eigens die beschwerliche Reise nach Rom, 1908 und 1910, um Mißverständnisse zu zerstreuen und falsche Anlagen zu entkräften.

Während in dieser Nachmittagsversammlung Kardinal Fischer als großer Arbeiterfreund gefeiert wurde, hielt in der am Sonntagabend abgehaltenen

Begrüßungsversammlung

der Vorstehende des Zentralkomitees, Dr. Winands, der Prophet von Lourdes, eine fulminante Rede gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Wir Katholiken wünschen, erklärte er, Alerus und Laien mögen die Hände noch fester ineinanderlegen. (Stürmischer Beifall.) Das katholische Volk steht auf der Wacht vor seinem Alerus, wohl wissend, daß der Strudel, wenn er Priester und Altar bedroht, auch Zepier, Krone und Thron Gefahr bringt. Große Aufgaben hat uns unsere Zeit gestellt. Viel gesunde Kraft wird vergeudet im Kampf gegen den alten Glauben, gegen Sitte, Thron und Altar. Nie war der Ansturm so allgemein, so brutal und gefährlich. Sind wir uns alle dessen bewußt, daß demgegenüber kein wahrer Katholik untätig beiseite stehen darf! Stolz dürfen wir für die katholische Kirche kämpfen, die ein mächtiges Bollwerk gegen den Umsturz ist.

Charakteristisch für diese Versammlung wie für den ganzen Katholikentag ist der internationale Einschlag. Es sind Vertreter von Belgien, Holland, Oesterreich, der Schweiz usw. anwesend, die den deutschen Katholiken die Größe ihrer ausländischen Glaubensgenossen bewiesen. Namentlich machte sich auch die Gegenwart ausländischer Kirchenfürsten bemerkbar. Ein weiteres Kennzeichen dieses Katholikentages ist die auffallende Betonung, die die Redner auf die immer wiederkehrende Erklärung legten, daß die deutschen Katholiken der kirchlichen Autorität, also dem Papst und den Bischöfen stets gehorsam sein und bleiben werden. Auf dem Essener Katholikentag 1906 hielt man es noch für angebracht, die Rede des Kardinals Bannucci, die die deutschen Katholiken wegen ihres Gehorsams gegen den Papst rühmte, dahin zu korrigieren, daß es hieß: „Soweit es die Religion betrifft!“ Von dieser Einschränkung ist in Aachen nicht mehr die Rede und stolz verkündete in der gestrigen Begrüßungsversammlung der Vorsitzende des Zentralkomitees: „Wir Katholiken erneuern heute im Angesicht unserer Bischöfe das Gelöbnis, unserer von Gott eingesetzten kirchlichen Autorität stets Gehorsam zu erweisen.“

Also, unbeschränkter und unbedingter Gehorsam dem Papst gegenüber!

Aachen, den 12. August (Telegr. Eigenber.)

Die zweite geschlossene Versammlung.

Die heute morgen stattfindende, beschlossene Versammlung ist eine formale Sache, der aber große innere Bedeutung innewohnt. Man weiß, daß es im Merkmalismus tracht, daß das Treiben der Übergläubigen die katholische Einigkeit stark erschüttert hat. Um vor den Augen des Katholikentages die Einigkeit im ultramontanen Lager nicht zu gefährden, soll in Zukunft der Vorsitzende das Recht haben, die Beratung von Gegenständen, über die in weiten Kreisen der Katholiken Meinungsverschiedenheiten bestehen oder wo sich solche bei der Beratung ergeben, auszusehen, um vorerst dem Vorstand Bericht erstatten zu lassen. Ferner soll der Vorsitzende Anträge, die bei der Abstimmung nach seiner Meinung ein zweifelhaftes Ergebnis haben, als abgelehnt erklären dürfen! Den Beratern der Katholikentage kann nach diesen Aenderungen der Zugang ein ungehörter Verlauf des Schauspiels und die ungetrübte „Einigkeit“ garantiert werden!

In der Versammlung stand außerdem, wie üblich, der Antrag über

die römische Frage

an der Spitze. Er enthält die Forderung, daß dem Papst die volle und weltliche Freiheit in der Ausübung seines höchsten kirchlichen Amtes bleibe. Die Katholiken werden aufgefordert, fleißig zu beten, daß der allmächtige Gott die Tage der Prüfung abkürze. Da der Papst nicht vom Gebet der Gläubigen allein leben kann, wird erwartet, daß die katholische Christenheit nicht erlaube in der Spendung des Peterspfennigs.

Der Antrag wird mit donnerndem Beifall einstimmig angenommen. Desgleichen der Antrag auf

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Das Präsidium wird beauftragt, eine diesem Beschluß entsprechende Eingabe an den Reichstagskanzler zu richten. Weiter wird angenommen ein Antrag auf Förderung der Heidenmission als vornehmste Pflicht der Kirche, den wahren Glauben über die ganze Erde zu verbreiten. Auch die gesteigerte koloniale Arbeit des Reiches wird angeführt als Ansporn zu außerordentlichen Leistungen auf diesem Gebiet.

Es folgt dann die Annahme von Anträgen zugunsten der Förderung des Bonifaziusvereins, der die Erhaltung des Glaubens der Katholiken in der Diaspora bezweckt, des Ruffaelsvereins, der seine Wirksamkeit auf die Fürsorge für katholische Auswanderer erstreckt, endlich des Vereins vom heiligen Lande, der die Aufgabe hat, Palästina zur Zivilisation und zum wahren Glauben zurückzuführen.

Der Kampf um die Schule.

Nach Beendigung des Kulturkampfes in den achtziger Jahren verkündete Windthorst, daß nunmehr der wahre Kulturkampf beginne: der Kampf der gläubigen Christen um die Schule. Diesen Kampf, den man in der Folge nie aus den Augen gelassen hat, haben die Ultramontanen auf dem vorletzten Mainzer Katholikentag von 1911 durch Gründung der „Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung“ nunmehr mit aller Macht aufge-

nommen und es zeugt für die Wichtigkeit, die der Merkmalismus dieser Frage beilegt, daß der neuen Organisation die ersten Stunden des heutigen Tages zu einer öffentlichen Versammlung eingeräumt waren. Die Versammlung in der großen Festhalle war sehr gut besucht. Auf die Mitwirkung der Frauen an diesem Werk der völligen Merkmalisierung der Volksschule wird besonderer Wert gelegt, wie die Teilnahme zahlreicher Frauen bewies.

Zentrumsabgeordneter Marg. Düsseldorf führte den Vorsitz. Er gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit dieser Organisation. Landesauschüsse bestehen in Bayern, Hessen, Württemberg, Preußen wird nächstens nachfolgen, Elsaß-Lothringen nicht lange auf sich warten lassen. In manchen Diözesen und zahlreichen Städten bestehen Diözesan- und Pfarrei-Auschüsse. Es erhebe sich die Frage, weshalb man auf diesem Gebiet erst jetzt und nicht schon vor 15—20 Jahren vorgehe, aber für die gute Sache sei es nie zu spät. Die Verteidigung der christlichen Schule werde zum Ziele führen.

Für die Versammlungen waren vier Redner vorgesehen: ein geistlicher Religionslehrer aus Baderborn, ein Schullehrer aus Trier, ein Volksschullehrer aus Münden und eine Lehrerin aus Aachen. Kennt man eine Rede, dann kennt man sie alle. Redner Weidel-Münden erblidt die Haupterziehungsaufgabe in der religiös-stilligen Bildung der Jugend; diese könne nicht mit den paar Religionsstunden erledigt werden, sondern müsse die ganze Schulzeit durch berücksichtigt werden und weil nach dem Grundfah aller Christgläubigen das religiöse Leben in einer konfessionellen Form zu suchen sei, müsse man die religiös-stillige Bildung, die konfessionelle Schule fordern. Die Durchdringung der ganzen Schularbeit mit christlich-katholischem Leben — darin besteht nach des Redners Ansicht die wahre Schulpolitik. Die Schule müsse die Kinder tagtäglich auf die erste kirchliche Kommunion vorbereiten, sie müsse praktische Gebeterziehung und Heiligendechnung treiben. Das nennt der Redner Hinleitung zu werktätigem Christentum! Er schließt mit der Verheißung: „Nur die konfessionelle Schule kann eine wirklich Erziehungsschule sein, die jeden Stand und Beruf, seien es Industrielle oder Arbeiter, Bauer oder Handwerker zu dem hinauführen, was wir brauchen, zu praktischem werktätigem Christentum.“

Was sich im Merkmalen Lager als „Erziehung“ ausspielt, sei nur an einigen Beispielen des Baderborner Religionslehrers Professor Rosenberger illustriert. Der Mann magte es, zu sagen: „Religiöse Völker sind große Völker, religionslose Völker sind, wie die Geschichte beweist, stets untergegangen.“ Die Versammlung klatschte lebhaften Beifall. Oder: „Sagen Sie dem Kinde, daß es nach dem Kantischen kategorischen Imperativ stets so handeln müsse, daß sein Tun den Maximen der allgemeinen Moral entsprechen müsse, so versteht das Kind das nicht. Sagen Sie ihm aber, daß es nicht lügen, nicht fehlen dürfe, weil Gott es verbiete, dann versteht es das und handelt danach.“ Und der Mann nennt sich Professor und hält Reden über die Erziehung der Jugend!

Selbstverständlich fehlte auch da nicht der Beifall der Versammlung.

Eine Fehlgeburt.

Eine Gruppe liberaler Arbeiterführer und Angestellter — zum meist aus Delegierten der Reichs-Duisburger Gewerkschaften bestehend — tagte Sonntag in Leipzig und beschloß nach einem Referat des bekannten fortschrittlichen Arbeitersekretärs Erlesen die „Schaffung einer liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung“ im Rahmen der Fortschrittlichen Volkspartei, oder, wie schließlich für besser befunden wurde, „im Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei“. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten in Leipzig hält die Schaffung einer liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung für eine dringende Notwendigkeit. Sie fordert ihre Freunde in Stadt und Land, auf, mehr als bisher für die politische Aufklärung der liberalen Arbeiter im Sinne der Beschlässe dieser Konferenz zu wirken. Die liberale Arbeiterbewegung erblidt ihre vornehmlichste Aufgabe in einem unausgesprochenen Werben für ein Hand-in-Handarbeiten der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung mit dem freiheitlichen Bürgertum auf politischem und kulturellem Gebiete. Um die Arbeiter und Angestellten für diese Aufgabe zu erziehen, ist eine selbständige liberale Arbeiterbewegung im Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei unentbehrlich.“

Die liberale Arbeiterbewegung erkennt das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei als ihr Mindestprogramm an. Sie wird innerhalb dieser Partei mit besonderer Aufmerksamkeit arbeiten.

1. Für den freiheitlichen Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, wie für die politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen. Im Anbeginn seiner Laufbahn soll jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben.

2. Für die Schaffung eines sozialen Arbeitsrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Die wichtigste Pflicht jedes Gewerbes ist die Erhaltung und Kräftigung einer leistungsfähigen Arbeitnehmerschaft.

3. Für die Erleuchtung des engen Zusammenhanges der sozialen Frage in den städtischen Gewerben, mit der auf dem Lande. Dementsprechend: Kampf gegen den Großgrundbesitz, für eine großzügige Landkolonisation.

4. Für einen lebenskräftigen Idealismus, der alle Klassen der Nation verbindet, gegen einen geistlosen Merkmalismus, der im Menschen nur eine Maschine sieht.“

Eine erhebliche Anzahl der Teilnehmer wollte nichts von dieser engen Verbindung mit dem Merkmalismus wissen, sondern plädierte für eine Organisation auf allgemein liberaler Basis. Es war vielleicht im Interesse der neuen Bewegung — das dümmste nicht, daß der dahingehende Antrag abgelehnt wurde; die Nationalliberalen haben sich, wie auch auf der Konferenz betont wurde, durch ihre enge Freundschaft mit den „Selben“ und ihre innige Verbindung mit dem ärgsten Scharfmachertum so um allen Kredit in Arbeiterkreisen gebracht, daß eine liberale Arbeiterorganisation, die mit ihnen im Bunde steht, sich von vornherein den Ast abgefägt haben würde, auf den sie doch noch erst hinaufzuklettern hat.

Die Frage ist nur, ob der enge Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei die Bewegung auf den erstehnten grünen Zweig wird kommen lassen und ob sie wirklich dem Wunsch und Willen ihrer Macher gemäß in Stande sein wird, der „Gefahr, daß der riesige Apparat der Sozialdemokratie alle Arbeiter an sich reiße,“ zu begegnen.

Sehr zuverläßlich klangen die Reden und Beschlüsse der Kongreßteilnehmer gerade nicht, da sie ihre Hoffnungen überall mit Bedingungen umrahmten, erst müsse die Fortschrittliche Volkspartei noch dies und jenes tun, — dann würde oder dürfte sie die Sache machen. Das Mißtrauen gegen den Merkmalismus ist ja nur allzu sehr berechtigt. Wenn die Leipziger Konferenz in ihrer Resolution 3. B. noch besonders an die Notwendigkeit eines freiheitlichen Ausbaus aller öffentlichen Einrichtungen und die volle politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen mahnend, so tauchen einem sofort vor dem geistigen Auge all die Großen und Kleinen in der Partei auf, die mehr oder weniger deutlich ihrem Absehen gegen das gleiche Wahlrecht, zum mindesten in den Kommunen, Ausdruck verliehen haben. Und wenn von dem Wunsch nach einem sozialen Arbeitsrecht

die Rede ist, so hört man die bedenklichen Mahnungen der Kadix und Mugan und wie sie alle heißen mögen: Nur ja keine Ueberstürzung! — Die Leiter der Bewegung dürfen gar bald zu der Erkenntnis kommen, daß die fortschrittliche Volkspartei sich in ihrem Sinne nicht so leicht „erziehen“ läßt.

Ihre Aufgabe ist letzten Endes wohl nicht nur eine schwere, sondern sogar eine unmögliche. Ein Winder müßte es, wenn nicht schon, so doch wenigstens fühlen — heute mehr denn je —, daß das politische Streben und Wollen im großen Ganzen bestimmt wird durch die wirtschaftlichen Bedingungen, in denen die Menschen leben und arbeiten. Nicht als ob krasser Eigennutz, engherziger Egoismus jedes altruistische Gefühl, jedes idealistische Wollen gewaltig und dem Einzelnen bewußt, ersticke, — aber das soziale Streben erhält seine spezifische Färbung durch die Klassenzugehörigkeit. — Nun ist der Freiinn seiner Vergangenheit und auch seiner heutigen Struktur nach doch die Vertreter einer Schicht von „Besitzenden“; nicht so sehr großindustrieller Kreise, als vielmehr gewisser Teile des Kleinbürgertums und seiner „Intelligenz“ und ferner gewisser Teile des „Finanzkapitals“. Als solche tritt er in nicht so unmittelbarem Gegensatz zu den Arbeitnehmern und ihren Interessen, wie etwa die nationalliberale Partei, die viel enger mit dem Industriekapital verflochten ist. Es ist sehr wohl möglich, gewissen sozialen Tendenzen innerhalb des linksliberalen Raums zu schaffen. Aber doch nur bis zu einer ziemlich engen Grenze. An dieser schiebt sich auch der Kreis von Deuten, der dem Fortschritt Stärke und Rückgrat verleiht, in seinen Lebensinteressen bedroht, fürchtet für sein Einkommen, seine Selbständigkeit und Ueberlegenheit anderen Schichten gegenüber; und hier wird er sich weigern, auch nur noch einen Schritt weiter zu gehen.

Früglich ist aber, ob diese Grenze auch den Interessen der Arbeitnehmers genügt. Die Leipziger Konferenzler haben ihre Wünsche dahin formuliert, daß es nötig sei, das Arbeitsverhältnis „aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis umzuwandeln“. Das ist reichlich dehnbar und nicht gerade sehr klar. Wer die Theorien des Frankfurter Stadtrats fleißig, auf den wohl diese Formulierung zurückgeht, näher kennt, weiß, daß er darunter die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, eine Verallgemeinerung des Tarifvertragswesens, bessere Sicherung der Arbeiter vor ungerechtfertigten Kündigungen und Entlassungen und dergleichen mehr versteht. Sicherlich sehr erstrebenswerte Forderungen, für die auch zum Teil unter den heutigen fortschrittlichen Verhältnissen zu finden sein wird. Aber würde ihre Verwirklichung denn wirklich schon das „Gewaltverhältnis“, das im heutigen Arbeitsvertrag zum Ausdruck kommt, beseitigen? — Nein, denn dies beruht doch schließlich darauf, daß der Besitz der Produktionsmittel, der Maschinen, der Fabriken, des Grund und Bodens, des Anlagekapitals einer kleinen Schicht von Wohlhabenden die Macht gibt, sich einen Teil dessen, was die Masse in ihren Diensten erarbeitet, für sich in Anspruch zu nehmen, in ihrem Interesse zu verwerten. Und dieser Anteil kann und wird nicht geringer werden, so lange einer den anderen drängt, durch immer neue Betriebsanlagen, immer kompliziertere, neue Maschinen, immer weiteren Ausbau des Unternehmens die Produkte auf dem allgemeinen Markt konkurrenzfähig zu erhalten und nicht von anderen verdrängen zu lassen; daß heißt, so lange der Privatbesitz an den Produktionsmitteln besteht. Erst wenn die private durch die gesellschaftliche Produktion abgelöst ist, wenn dadurch den Besitzenden die Möglichkeit genommen ist, andere, die sich in ihrer Besitzlosigkeit fügen müssen, um einen Teil ihres Arbeitsvertrages zu erhalten, — erst dann wird man sagen können, daß das Gewaltverhältnis völlig beseitigt ist.

So weit aber wird der durch die Konkurrenz gestachelte Selbsthaltungstrieb jener bürgerlich-selbständigen Kreise, die in der fortschrittlichen Volkspartei bestimmend wirken, niemals gehen, während dem denken die Arbeiter und Angestellten sich dieses Ziel immer mehr als einzige Lösung des Problems aufdrängt.

Nicht der „große Apparat“ der Sozialdemokratie, wie Herr Erkelenz zu glauben scheint, hat ihr die Massen der Arbeiterschaft gewonnen, sondern ihre klare Erkenntnis der wirtschaftlichen Gegensätze und ihre entschlossene, bedingungslose Stellungnahme auf der Seite jener, die als Arbeitnehmer durch das Kapital ausgebeutet werden. Und diese Tatsache wird auch weiter für die Sozialdemokratie wirken und werden und ihre Macht wachsen lassen; daran wird auch der neue Reichsverein „liberaler“ Arbeiter und Angestellter nichts ändern können. Ihre Bewegung im „Namen der fortschrittlichen Volkspartei“ trägt vorwiegend den Todeskeim in sich.

Die Ereignisse in der Türkei.

Der Zwiespalt in der Komiteepartei scheint anzudauern und die gemäßigtere Richtung vorläufig die Oberhand zu behalten. Allerdings ist die Komiteepartei fast völlig aus der Öffentlichkeit verschwunden und ihre Entschlüsse umgibt tiefstes Geheimnis. Aber auch im Ministerium herrscht Uneinigkeit und eine Ministerkrise ist im Anzuge. Der greise Niamit Pascha soll Großwesir, Ferid Pascha Minister des Innern werden. Hilmi Pascha wird, wie es heißt, aus dem Kabinett ausscheiden.

Die Regierung behauptet, des überwiegenden Teils des Offizierskorps sicher zu sein. Vierhundert Offiziere haben beim Abgang von der Militärakademie in Gegenwart des Sultans und der Mitglieder des Ministeriums den Treueid geleistet, inßem zum ersten Male das Gelöbniß aufgenommen ist, daß sie sich weder mit Politik beschäftigen noch irgend einer politischen Partei beitreten werden. Auch alle Armeekorps werden zur Ablegung des Treueids für die Regierung aufgefordert werden.

Die Verhandlungen mit den Albanern dauern fort. Ibrahim Pascha hat den Führern der Arnauten erklärt, die Regierung könne nicht die Mitglieder der früheren Kabinette Haki und Said verfolgen. Eine allgemeine Wiederverwahrung der Arnauten sei ebenfalls unmöglich. Sobald die Kammer zusammengetreten sei, stehe es ihr frei, jenen Arnauten, die an der Grenze liegende Dörfer bewohnen, sowie im allgemeinen allen Griechen und Vächern oder in den Wäldern beschäftigten Arnauten die Waffen zurückzugeben. Ein Teil der Arnautenführer ist mit dieser Lösung zufrieden, andere behalten sich Bedenken vor. Die übrigen Modifikationen der Forderungen der Arnauten fanden Genehmigung. Die Arnauten lassen dem Kabinett nochmals ihren Dank und ihre Ergebenheit ausdrücken und haben sich inzwischen, mit Ausnahme der Führer, die zur Unterfertigung des Abkommens mit Ibrahim Pascha in Brissina verbleiben, zurückgezogen. Diese drängen auf einen Beschluß seitens der Regierung über ihre in zwölf Artikeln zusammengefaßten Forderungen. Ismael Kemal erklärte, die Südbalkanesen würden mit der Bewilligung jener Forderungen zufrieden sein, welche den Nordalbanesen zugestanden würden. Weit bedenklicher als die Nachrichten aus der Türkei selbst sind die Meldungen über die wachsende Erre-

gung in den Balkanstaaten. An der montenegrinischen Grenze wird weitergekämpft, und das Regierungsbüro führt eine recht drohende Sprache. In Bulgarien wird eine recht lebhaftige Kriegssagitation entfaltet. In einer von den mazedonischen Wohltätigkeitsgesellschaften einberufenen Versammlung, an der Vertreter aller politischen Parteien teilnahmen, wurde nach lebhaften Erörterungen, in denen das Vorgehen der Türkei gegenüber der bulgarischen Bevölkerung in Mazedonien scharf kritisiert und die Bevölkerung aufgefordert wurde, gegenüber der Türkei eine feste Haltung einzunehmen und eventuell mit Krieg vorzugehen, ein Komitee gewählt und mit der Aufgabe betraut, nach Sofia und anderen Städten für Dienstag Volksversammlungen einzuberufen und eine entsprechende Resolution zu verfassen. In dem Aufruf fordert das Komitee zu einem Zusammenschluß der Regierungspartei und der Oppositionspartei auf. Die Bevölkerung müsse einmütig den Krieg gegen die Türkei verlangen. Für die morgen stattfindenden Versammlungen sind große Trauerkundgebungen und Straßenumzüge geplant. Bar Ferdinand hat seinen Aufenthalt in Ungarn unterbrochen und ist nach Sofia zurückgekehrt. Diese Agitation ist bei der starken Erregung, die in Bulgarien gegen die Türkei herrscht, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August 1912.

Folgen der preussischen An siedelungs politik.

Immer blamabler werden die Zustände in den An siedelungs gebieten in den Ostmarken. Das fortgesetzte Steigen der Grundstückspreise und der enorme Handel mit Gütern, der seit einigen Jahren zum Entsetzen aller „bodenständigen“ Elemente eingeseht hat, treibt auch die An siedler in den Ostmarken dazu, an dieser Jagd nach Gewinnen teilzunehmen, Darüber jammern selbst die katolischen Organe des Ostens. So schreibt die „Königsberger Allgemeine Zeitung“:

„Die durch wilde Spekulation hervorgerufene Steigerung der Güterpreise, die, wie die ostpreussische Landgesellschaft in ihrem letzten Jahresbericht hervorhebt, zu besorgniserregenden Zuständen geführt hat, verleitet auch die An siedler in den Ostmarken zum Teil, ihre Stellen zu verkaufen, um am landwirtschaftlichen Grundstücks geschäft vorteilhaft zu verdienen. Da das aber nicht der Zweck der vom Staat mit Hunderten von Millionen unternommenen An siedelungs politik ist, so hat die An siedelungskommission rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, um dem Geschäftseifer verdienstluster Kolonisten entgegenzuwirken. Sie entzieht An siedlern, die ihre Stellen um Gewinn willen verschleichen, den Vorteil des ihnen beim Zugang gewährten Freijahres und fordert von ihnen die Rente für dieses Freijahr ein. Außerdem prüft sie die neuen Käufer auf ihre deutsche Zuverlässigkeit, und wenn sich heraus stellt, daß diese Leute zuvor schon Grundstücke besaßen, aber nicht deren Erhaltung in deutscher Hand gesichert, oder ihren Landbesitz gar an Polen verkauft haben, dann verlagert sie glatt die Verkaufs genehmigung. Das ist mit Genugtuung anzuerkennen. Denn es fehlte gar noch, daß auf den Landbesitz, der mit großen Opfern des Staates in den gefährdeten Gegenden für das Deutschum erworben wird, unzuverlässige Leute gesetzt werden. Treue deutsche Landleute brauchen wir in den Ostmarken und auf den An siedlerstellen. Das Deutschum soll gesichert, nicht aber wilde Grundstückspekulation im An siedlungsgebiet betrieben werden. Wie leicht ergibt sich in naher Zeit die Notwendigkeit, den An siedlern überhaupt das Weiterverkaufsrecht zu beschneiden und nur noch solche Deutsche anzusehen, die sich verpflichten, auch wirklich auf der Scholle zu bleiben.“

Nimmt man in dieser Weise den An siedlern die Freizügigkeit, so dürfte auch das Ende der vielgerühmten An siedelungs politik gekommen sein. Die jetzigen Zustände beweisen schon, wie groß ihr Risiko ist. Und diese verfehlte Politik haben die Steuerzahler mit hunderten Millionen Mark bezahlen müssen.

Die Tauglichkeit der Militärpflichtigen.

In der neuesten Ausgabe von „Lobells Jahresbericht über das Heer und Kriegswesen“ wird wieder konstatiert, daß die Zahl der unbedingt tauglichen Militärpflichtigen von Jahr zu Jahr abnimmt. Von je 100 endgültig Abgefertigten waren tauglich: im Jahre 1907: 54,9, 1908: 54,6, 1909: 53,6, 1910: 53. Diese Verschlechterung wird auf die Zunahme der fähigsten industriellen Bevölkerung zurückgeführt. So waren z. B. von je 100 endgültig Abgefertigten im Bereich des 15. Armeekorps (Weich) tauglich 68,7, in Ostpreußen 68, in Westpreußen 61; dagegen in Schlesien nur 47,8, in Brandenburg mit Berlin gar nur 42,1.

Austauschspione.

Vor einigen Tagen wurde bekanntlich gemeldet, daß diplomatische Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung im Gange seien, die den Zweck hätten, den wegen Spionage verhafteten russischen Hauptmann Kostewitsch wieder in Freiheit zu setzen. Die Meldung klang im Hinblick auf das so ausgeprägte deutsche Rechtsbewußtsein wie ein schlechter Scherz, und die offiziöse Demantierungspitze war sofort bei der Hand. Am Sonnabend kam aber die Meldung aus Leipzig, daß am Sonnabendnachmittag um 5 Uhr 10 Minuten die vorläufige Gastentlassung des russischen Artilleriehauptmanns Kostewitsch gegen Stellung einer Kaution von dreihunderttausend Mark erfolgt sei. Gleichzeitig wurde nun nach einer Meldung aus Warschau dort ebenfalls am Sonnabendnachmittag gegen Hinterlegung des gleichen Betrages der vor einigen Wochen verhaftete preussische Leutnant Dahm, der beim niedersächsischen Feldartillerie-Regiment Nr. 46 steht und zwecks Verwollkommnung in der russischen Sprache nach Rußland beurlaubt war, auf freien Fuß gesetzt. Die genannten Geldbeträge wurden bereits vor einigen Tagen in Berlin und Petersburg eingezahlt. Welchen Offizieren solch eine Gestalt worden sein, sich in ihre Heimat zu begeben, jedoch haben sie sich verpflichten müssen, zum Verhandlungstermin wieder vor Gericht zu erscheinen.

Die Gastentlassung der beiden Spione scheint also festzustehen. Wann die Verhandlung sein wird, ob sie überhaupt noch stattfindet, und ob die beiden Freigelassenen noch zu erscheinen haben werden, ist wohl mehr als fraglich.

Das aus dem Dispositionsfonds bezahlte Balkkleid.

Während der elbisch-lothringischen Landtagswahlen im Wahlkreis Schleißheim hatte der jetzige Reichstagskandidat für denselben Kreis, Abbé Haegy, wiederholt von einem Balkkleid gesprochen, das einer Dame aus dem Dispositionsfonds gezahlt worden sei. Im Landtag hatte der Unterstaatssekretär Mandel die Geschichte ins Reich der Märchen verwiesen. Jetzt aber bringt der „Eisener Kurier“ folgende Darstellung der Sache:

„Am Donnerstag, 22. Februar 1906, wurden in der 3. Kommission des Landesausschusses die Rechnungen über die Ver-

wendung des Dispositionsfonds des Kaisers und des Statthalters besprochen. Die Einsicht in die Rechnungen hatte bei den Mitgliedern der mit der Prüfung beauftragten Unterkommission lebhaftes Befremden hervorgerufen.

Der Referent berichtete hierüber unter Hervorhebung einzelner besonders auffälliger Posten. U. a. stellte er fest:

„Eine Dame, welche mit ihrer Tochter die Gälle des Statthalters regelmäßig besucht (Freifrau von . . . geborene von . . .), erhält 1500 M. jährlich, gerade was notwendig ist, um ihre Toiletten zu bezahlen.“

Das war es, was Herr Dr. Haegy in jener Versammlung sagte. Nicht, daß eine Dame einmal 1500 M. erhielt, damit sie ein neues Kleid für den Ball kaufen konnte, sondern daß die betreffende Dame aus hohen Kreisen, die so situiert ist, daß sie regelmäßig die Statthalter-Gälle besucht, jährlich 1500 Mark aus dem Gnadenfonds erhielt, was etwa gerade genügte, um ihre Toilette entsprechend instand zu halten!

Daß der Minister im Landtage das in etwas vagen Ausdrücken „abzustreiten“ suchte, ändert an den Tatsachen nichts! Heute, wo man es Herrn Dr. Haegy persönlich gegenüber abzustreiten wagt, sei der Sachverhalt hiermit festgestellt mit dem Bemerkten, daß Herr Dr. Haegy über das vollständige Detail der Verhandlungen der 3. Kommission des Landesausschusses vom 22. Februar und 1. März 1906 verfährt und mit allen erwünschten Einzelheiten mit Namen und Zahlen aufwarten kann.“

Die „gute, regelmäßige“ Kost der Soldaten und die „Spannkraft“ im bürgerlichen Beruf.

Der Sekretär der Handelskammer Dortmund ist schon oft wegen seiner verkehrten Anschauungen aufgefallen. Höchst kurios ist denn auch wieder, was der Bericht der Dortmunder Handelskammer für das Jahr 1911 aus unbekannter „Begeisterung“ für den Militarismus vermeldet. Ein Blick in die Wirklichkeit, so heißt es im Bericht, lehre jedem unbefangenen Urteilsfähigen, daß der Militarismus alles andere als volkswundbar sei; denn: „Die Wehrpflicht mordet nicht unsere Jugend, sondern kräftigt sie gesundheitlich. Wer die Verhältnisse auch nur flüchtig kennt, weiß, wie anders die jungen Leute von der Kruppe wieder ins bürgerliche Leben zurücktreten, als sie dort her kamen. Die körperliche Bewegung in frischer Luft, verbunden mit regelmäßiger, guter Kost, gibt den Soldaten eine physische Spannkraft, von der sie auch im bürgerlichen Beruf noch lange zehren und die vorteilhaft von den Arbeitgeberleuten abstrahlt.“

Alle Wetter! Dem Herrn Handelskammersekretär scheint gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, was er da geschrieben hat? Hat er doch dem Kapitalismus den schweren Vorwurf gemacht, die Arbeitskraft der Arbeiter im „bürgerlichen Beruf“ dezent auszubehuten, sie so schlecht zu bezahlen, daß sie schwächlich und ausgemergelt zum Militär kommen und erst durch die „regelmäßige gute Kost“ der Kasernen herausgefüttert werden müssen. Ein nettes Lob für die Großindustriellen Rheinland-Westfalens!

Wo bleibt die Seligkeit der Armut?

Der Generalvikar des Bistums Regensburg, Dr. Schellmann, hat, wie auf dem Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie konstatiert wurde, die Geistlichen zu der Führung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie durch Predigt und Christenlehre aufgefordert und ihnen dabei auch die Hervorhebung der Seligkeit der Armut anempfohlen. Wenn die Armut wirklich so selig macht, so muß man sich wirklich wundern, daß so viele katholische Geistliche nach einträchtlichen Parieren trachten und die Erzdiöcese und Bischöfe nicht auf den größten Teil ihrer Einkünfte verzichten. Am besten bezahlt ist von der bayerischen Kirche der Erzbischof von München-Freising. Er bezieht 30 000 M. Gehalt im Jahre und außerdem stellt ihm der Staat ein Palais umsonst zur Verfügung. Der Erzbischof von Bamberg, die Bischöfe von Augsburg, von Regensburg, von Passau, von Eichstätt, von Würzburg beziehen ein jährliches Gehalt, das zwischen 16 000 bis 20 000 M. beträgt, und jedem von ihnen überläßt der Staat ebenfalls unentgeltlich ein Palais zum Wohnen. Nach Armut schmeckt das sehr wenig.

Wenn ein solcher Herr auf dem Lande in einem Ort zur Erteilung der Firmung eintritt, so erweckt seine Ankunft ebenfalls recht wenig den Schein an Armut. Er kommt vielmehr in einer eleganten Equipage, auf dem Rad neben dem Kutscher ein Kalai in Livree, angefahren.

Wenn aber die Herren Erzdiöcese, Bischöfe und Pfarrer selbst die Seligkeit der Armut nicht erstreben, warum soll dann gerade „der große Haufen“ sich für diese Seligkeit begeistern?

Oesterreich-Ungarn.

Der kroatische Attentatsprozeß.

Karam, 12. August. Heute vormittag ist das Urteil in dem Prozeß wegen des Anschlages auf den Statthalter und wegen Ermordung des Banalkrats Herovic verkündet worden. Der Hauptangeklagte Zukic wurde zum Tode, Gorbath zu 6 Jahren, die Mitangeklagten Cvijic, Saranic, Public, Reidhardt und Gorbatin zu 5 Jahren, und Ceranic zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Auflösung einer Liebnechtversammlung.

Am Sonnabend sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebnecht auf Einladung unserer nordböhmisches Genossen in Gablitz an der Reihe über „Kapitalistische Weltpolitik“. Ueber Oesterreich durfte er nicht reden, und er wurde auch zweimal unterbrochen, weil er nur das heilige Wort „Oesterreich“ aussprach. Nachher sprach Genosse Dreibich, Reichenberg über „Jugend und Militarismus“. Als er das Wort Kaiser Wilhelm über die Pflicht der Soldaten, auf Befehl auch auf Vater und Mutter schießen zu müssen, zitterte, wurde die Versammlung aufgelöst. Also wegen eines Kaiservortes!

Marokko.

Abdankung Mulay Hafid.

Paris, 11. August. Generalresident Gauthier hat dem Ministerium des Aeußeren telegraphiert, daß er sich mit Mulay Hafid über dessen Abdankung verständigt habe. Die Abdankung wird erst erfolgen, nachdem der Sultan vor seiner Abreise aus Marokko an den Generalresidenten ein Schreiben gerichtet haben wird, in dem er den Wunsch abgibt, zum Ausdruck bringt. Diese Formalität wird voraussichtlich schon morgen erledigt werden.

Nach Nachrichten aus Mogador hat das Regierungsschiff Cosmas am Mittwoch und Donnerstag Agadir bombardiert.

Der Nachfolger.

Paris, 12. August. Die Abdankung des Sultans Mulay Hafid kann als vollendete Tatsache betrachtet werden. Die französische Regierung hat dem Sultan gewisse Bedingungen für diese Abdankung auferlegt, welche er erfüllt hat. Der Sultan hat dem General Gauthier ein Schreiben überreicht, in welchem er erklärt, daß er nur einer Krankheit wegen dem Thron entsage. Er empfiehlt darin, einen seiner Brüder zu seinem Nachfolger zu ernennen. Die französische Regierung hat beschloffen, die Nachfolgerschaft dem Prinzen Mulay Jusuf, welcher gegenwärtig Kalif in Fez ist, zu übertragen. Mulay Jusuf kommt von demselben Vater und derselben Mutter wie Mulay Hafid. Der abgedankte Sultan wird bereits heute seine Reise nach Oich antreten. Wahrscheinlich wird ihm später gestattet werden, seinen Aufenthalt in Tanger zu nehmen.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerrgelder zur Züchtung von Streikbrechern.

Als sich der Verband der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1906 mit dem Senefelder-Bund verschmolzen hatte, erwuchsen der einheitlichen Organisation Gegner aus den Reihen der Vorstandsmittglieder des Senefelder Bundes. Es war zwar nur ein kleiner Teil des Vorstandes, aber diese Herren taten, was sie konnten, um die Verschmelzung zu hintertreiben, und als ihnen das nicht gelungen war, suchten sie die Einheitsorganisation nach Kräften zu schwächen. Gelegenheit dazu sollte ihnen die Aussperrung der organisierten Lithographen und Steindrucker bieten, welche die Unternehmer im Jahre 1906 vorgenommen hatten. Während die Berufsangehörigen Deutschlands in einem harten Kampf mit dem Unternehmertum standen, erwirkten die Verbandsgegner aus dem Vorstande des Senefelder-Bundes einen Gerichtsbeschluss, durch den die Klaffen des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gesperrt, also für den gewerkschaftlichen Kampf lahmgelegt wurden. Diese Handlungsweise erregte seinerzeit gerechte Entrüstung unter allen organisierten Arbeitern. Man sah, was Geistes Kinder jene Leute waren. Sollten sie doch durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie mit der Organisation der Unternehmer, dem Schutzverband deutscher Steindruckerbesitzer, in enger Verbindung standen. Bald wurde denn auch von denselben Leute eine Gegenorganisation gegen den Verband, der Unterstützungsverein Senefelder, ins Leben gerufen. Die Unternehmer begrüßten diesen Verein als ein ihren Interessen dienendes Werkzeug und traten zu ihm in ein freundschaftliches Verhältnis. In der richtigen Erkenntnis, daß ihnen der Unterstützungsverein Senefelder allezeit getreue Arbeitswillige liefern werde, führten die dem Schutzverbande angehörenden Unternehmer zum großen Teil ihre Lehrlinge dem Verein zu und zahlten auch die Beiträge für dieselben. Der Verein zählt 1300 Mitglieder, nämlich 800 Gehilfen und 500 Lehrlinge. Aber zum Leidwesen der Unternehmer schoß die gelbe Saat, welche sie eifrig pflanzten, nicht ins Kraut. Die jungen Leute traten nach beendeter Lehrzeit meistens aus dem Unterstützungsverein aus und schlossen sich dem Verband der Lithographen und Steindrucker an. Das war natürlich für die Unternehmerorganisation sehr schmerzhaft, um so mehr, da sie dem gelben Verein jährlich etwa 6000 M. in Gestalt von Lehrlingsbeiträgen gespart hatte. Was nun tun? Die Lehrlinge erfüllen die Unternehmerrhoffnungen auf gelbe Arbeitswilligkeit nicht, sie werden deshalb gar nicht mehr dem Verein zugeführt. Da gilt es also, die sonstigen Mitglieder des gelben Vereins für zukünftige Arbeitswilligkeitsdienste warm zu halten. Es fanden zwischen der Unterstützungsvereinigung der Gehilfen und dem Vorstand der Unternehmervereinigung vertrauliche Besprechungen in Frankfurt a. M. statt, an der die Leiter der Gehilfen-Unterstützungsvereinigung mit dem Sekretär des Schutzverbandes teilnahmen. Die Ergebnisse dieser Beratung sind aus folgendem Ausschreiben zu ersehen, das der Unternehmerverband vor Jahresfrist an den Vorstand des Unterstützungsvereins Senefelder sandte:

Wir benachrichtigen Sie hiermit, daß der Schutzverband deutscher Steindruckerbesitzer im Interesse einer Stärkung Ihrer Invalidenkasse beschlossen hat, für jeden in seinen Betrieben beschäftigten Gehilfen, der Ihr Mitglied ist, den gleichen Betrag (s. H. wöchentlich 40 Pf.) als Zuschuß zu leisten, der nach der jeweiligen gültigen Bestimmung Ihrer Söhne an die Invalidenkasse abgeführt wird.

Die sich hieraus ergebende Summe darf nur für die Zwecke der Invalidenkasse ausgespart und verwendet werden.

Für den Fall, daß der Unterstützungsverein Senefelder seinen sühnensgemäßen Zweck in grundsätzlicher Beziehung (vgl. §§ 76 und 78) ändert oder mit einer anderen Organisation ein Vertrags- oder Gemeinschaftsverhältnis eingeht, wird diese Zusage hinfällig. Der Schutzverband behält sich die alleinige Entscheidung darüber vor, ob ein solcher Fall vorliegt.

Diese Zusage wird zunächst auf drei Jahre gegeben. Die Lehrlingsversicherung soll nicht mehr erneuert werden, die laufende Lehrlingsversicherung soll bis zur Beendigung der betreffenden Lehrzeit beibehalten bleiben.

Hochachtungsvoll
Schutzverband deutscher Steindruckerbesitzer.
gez.: Dr. Wagner.

Diese Beschlüsse wurden dann den Vorständen der Unterstützungsvereinigung zur weiteren Entscheidung durch nachstehendes geheimes Schriftstück unterbreitet:

„Streng vertraulich! Nur an die Herren Mitgliedschaftsvorstände!“

Der Schutzverband deutscher Steindruckerbesitzer beabsichtigt, die in seinen Betrieben beschäftigten Lehrlinge in Zukunft nicht mehr in unserem Verein anzumelden. Als Ersatz für die ausfallenden Beiträge würde sich genannter Verein bereiterklären, einen Beitrag in Höhe von zirka

6000 Mark pro Jahr

an unsere Kasse zu überwiesen mit der Bedingung, daß dieser Betrag nur an die Invalidenkasse überführt werden darf und wir uns verpflichten, die §§ 76 und 77 unserer Satzungen in ihrer Fassung zu belassen.

Im Vertrauen darauf, daß Sie die Ansichten der Mitglieder in der dortigen Mitgliedschaft zur Genüge kennen, und damit wir ersehen, ob sich die Mitglieder mit einer solchen Abmachung eventuell einverstanden erklären, ersuchen wir Sie, uns möglichst rasch Ihre Stellungnahme hierzu mitzuteilen.

Wir werden entsprechend dem Resultat der Eingänge die Angelegenheit weiter behandeln.

Wir ersuchen Sie um rascheste Erledigung.

Der Hauptvorstand des Unterstützungsvereins Senefelder.

gez.: H. Amler.

Dies Schriftstück ist nach Kenntnisnahme zu vernichten.“

Aus diesem Schriftstück des gelben Vereins geht also hervor, daß der Unternehmerverband die 6000 M. jährlich nur hergibt, wenn der Unterstützungsverein der Gehilfen sich dem Willen der Unternehmer beugt, wenn er seine Mitglieder dazu anhält, im Falle eines Kampfes der organisierten Gehilfen Hausrecht zu leisten für die bedrängten Unternehmer zu leisten.

Das Angebot der Unternehmer wurde vor einem Jahre gemacht. Der Verband der Lithographen und Steindrucker kam damals hinter den lauberen Plan und so blieb er einstweilen unausgeführt. Jetzt, am 12. bis 14. August, sollen die Mitglieder des Unterstützungsvereins darüber entscheiden, ob sie sich die Inhabergelder mit Haut und Haaren verkaufen wollen. — Jedenfalls ein neuer Beweis dafür, wie die „wirtschaftsfriedlichen Vereine“ von den Unternehmern ausgehalten werden und welche korrupte Brutstätte für Arbeiterverwahrloosung sie sind.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung im Dachdeckergerwerbe.

Der Arbeitgeberverband arbeitet fortgesetzt noch darauf hin, auch die Unternehmer, die bis jetzt noch nicht ausgesperrt haben, ebenfalls zur Aussperrung zu veranlassen. Eine Firma hat in der letzten Woche diesem Drängen auch nachgegeben und hat sechs Mann ausgesperrt.

Am Mittwoch, den 7. August, hielten die Freie Innung und auch der Arbeitgeberverband wieder Versammlungen ab. Da wüteten die Unternehmer gegen die Arbeitgeber, welche die Lohn- und Arbeits-

bedingungen unterschrittlich anerkannt und bis jetzt noch nicht ausgesperrt haben. In der Innungsversammlung wurde beschlossen einen Arbeitgeber aus der Innung auszuschließen, weil er den Tarif unterschrieben hat. Gegen einen anderen wurde eine Geldstrafe verhängt, weil er bis jetzt noch nicht ausgesperrt hat. Dieses Benehmen der Arbeitgeber deutet darauf hin, daß es mit ihrer Macht sehr schlecht bestellt sein muß. Denn wenn sie trotz des großen Druckes, den sie auf die Arbeitgeber ausgeübt haben, es bis heute nicht weiter gebracht haben als nach ihren eigenen Angaben nur 829 Mann auszusperrn, so müssen sich die Unternehmer doch selbst sagen, daß ihnen die Aussperrung vollständig vorbeigelungen ist. Die Ursachen liegen eben darin, daß sehr viele Unternehmer mit der Politik des Arbeitgeberverbandes nicht einverstanden sind und absolut nicht begreifen können, weshalb sie aussperrn sollen, da die Arbeiter doch keine Forderungen gestellt haben.

Um die Arbeitgeber noch zusammenhalten zu können, müssen allerhand Täuschungskunststücke angewendet werden. So wurde von den Arbeitgebern auch in dieser Versammlung berichtet, daß nach einer vom Arbeitgeberverband in den letzten Tagen vorgenommenen Feststellung über den Umfang der Aussperrung 829 Gesellen und Hilfsarbeiter ausgesperrt sind, während 444 Unorganisierte bei diesen Firmen arbeiten.

Die hier angegebenen Zahlen stimmen in keiner Weise. Es befinden sich im Ausstand 42 Firmen. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt mit den Arbeitslosen 450. Nach der Streikliste des Dachdeckerverbandes haben nur 23 Firmen insgesamt 180 Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeitgeber werden ihrem Verband auch alle noch in Arbeit stehenden als unorganisiert angegeben haben, damit sie nicht in die Lage kommen, ebenfalls mit auszusperrn zu müssen. Wenn die Arbeitgeber die richtige Zahl der Unorganisierten haben wollen, so mögen sie nur von der Zahl 444 eine 4 von links oder von rechts fortstreichen. Dann werden sie ungefähr die richtige Zahl haben. Auf die Arbeiter werden diese Entstellungen und Verdrehungen nicht den geringsten Einfluß ausüben können. Sie wissen ganz genau, daß die Dinge äußerst günstig für sie stehen.

Eine tüchtige Arbeitstraft hat gegenwärtig auch Herr Barentzien in seinem Sohn erhalten. Der junge Mann genügt gegenwärtig seiner Militärpflicht. Zurzeit können wir ihn aber auf dem Neubau in der Brunnenstraße arbeiten sehen. Jeden Tag betritt und verläßt er diesen Bau in Uniform. Also ein Soldat, der Urlaub erhalten hat, damit er als Streikbrecher tätig sein kann.

Es sei bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Ausstand kein allgemeiner ist. In allen Betrieben, wo die Unternehmer nicht ausgesperrt haben oder wo die Arbeiter nicht vorgehen mußten, wird gegenwärtig noch weiter gearbeitet. Arbeitsberechtigungskarten sind nur für die Gesellen und Hilfsarbeiter ausgegeben worden, die in den Betrieben arbeiten, wo die Arbeitgeber den Tarif unterschrieben haben. In zweifelhaften Fällen werden die Bauarbeiter gebeten, sich an den Verband der Dachdecker, Sophienstr. 6, zu wenden. Telefon: Amt Norden Nr. 2583.

Ebenfalls werden alle Dachdecker und Berufsangehörigen ersucht, bevor sie irgendwo in Arbeit treten, erst Erlaubigungen beim Vorstand einzuholen.

Ächtung, Kraftbroschürenführer. Die Differenzen im Betrieb Karnapp, Friedenau, Büsingstraße 3, sind beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Sektion IV. Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich. Ein geistlicher Gewerkschaftsfeind.

Der Vorstand der Brauerei- und Mälzereiarbeiter hatte mit der Klosterbrauerei in Hadmerleben einen für das Personal günstigen Tarif abgeschlossen. Im Betriebe herrschen infolgedessen geordnete Verhältnisse, es war Frieden. Aber dem katholischen Pfarrer des Ortes behagte der Frieden gar nicht, denn es war ja eine freie Gewerkschaft, der die Grundlage des Friedens zu danken war. Vor der Berührung mit dem Brauereiarbeiterverband mußten die katholischen Arbeiter geschickt werden. Der Pfarrer verstand es, diese zum Austritt aus der freien und zum Eintritt in die christliche Gewerkschaft zu bewegen. Der Frieden im Betriebe war seitdem gestört. Die Differenzen hörten gar nicht auf, weil die Mitglieder der freien Gewerkschaft anders behandelt wurden wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft. — Als die im Pfaffenstiller beschäftigten Frauen und Mädchen dem Brauereiarbeiterverbande beitraten, fühlte sich der Pfarrer wieder veranlaßt, störend einzugreifen. Von der Kanzel witterte der „Diener Gottes“ gegen den „sozialdemokratischen Verband“ und seiner Autorität gelang es auch, die Frauen und Mädchen wieder zum Austritt zu bewegen. So hat also der Geistliche in seinem Eifer für das vermeintliche Seelenheil der Brauereiarbeiter den Frieden im Betriebe gestört, er hat die Arbeiter gehindert, ihre Interessen so zu vertreten, wie sie es für notwendig halten und hat damit nur dem Unternehmer gedient. Eine eigenartige „Seelsorge“.

Beim Gewerkschaftsfeste in Hannover hat die Arbeiterschaft erreicht, was sie jahrelang vergeblich erstrebte. Die Polizei ist von ihrer bisherigen Praxis abgewichen und hat auf eine an sie gerichtete Eingabe in letzter Stunde wider alles Erwarten die Genehmigung zum Festzuge erteilt. — So verblieben nur wenige Tage, um die allerwichtigsten Vorbereitungen für den Festzug durchzuführen. Jwar war es nicht mehr möglich, den Festzug durch Festwagen eine äußere Aufmachung zu verleihen, wohl aber, durch würdige Massenbeteiligung eine eindrucksvolle Demonstration zu veranstalten. Eine erfreulich hohe Zahl stellten auch die Frauen. Der im Vorbeimarsch eine Stunde währende Zug wurde eröffnet durch einen Reigen von ungefähr 250 Radfahrern.

Diese impotente Kundgebung, die vom Schützenplatz ausgehend, am Polizeipräsidium und Rathaus vorbeiführte, war bei einer Beteiligung von 11 000 Organisierten ein angemessenes Spiegelbild der hiesigen Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmer-solidarität gegen Textilarbeiter.

Eine Generalversammlung elsfässischer Textilindustrieller hat, wie die Verbandsstelle dieser Unternehmerorganisation in Mühlhausen i. E. durch ein Schreiben an die Zeitungen in ganz Oberelsaß bekanntigt, mit Bezug auf die zurzeit in Mühlhausen und Umgebung schwebenden Lohnlämpfe um Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, Einrichtung von Arbeiterauschüssen, Anerkennung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, einen langatmigen Beschluß gefaßt, dessen kurzer Sinn der ist: Die Forderungen der Arbeiter werden abgelehnt. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, wie es die Solidarität gebietet, sind die an der Bewegung beteiligten Betriebe zu unterstützen, indem ihnen nicht nur Ermäßigungen für die ertragslosen Verluste gewährt, sondern auch ihre Aufträge unverzüglich von den nichtbetroffenen Firmen in Arbeit genommen werden.

Im Anschluß an die Bekanntgabe dieses Beschlusses hebt die elsfässische Fabrikanteneinigung ausdrücklich hervor, die elsfässische Industrie habe sich vor der Beschlußfassung „des Einverständnisses und der Unterstützung der übrigen in der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen.“

Ausland.

Keine Aussperrung in Brünn.

Am Sonnabend haben unter Teilnahme des Statthalters (Oberpräsidenten) von Mähren nochmals Verhandlungen stattgefunden, die damit endeten, daß die Separatisten ihre neuen Forderungen zurückzogen und sich verpflichteten, dafür zu sorgen, daß auch in den bestreikten drei Fabriken am Montag die Arbeit aufgenommen werde. Danach sollen die durch das Vorgehen der Separatisten unterbrochenen Verhandlungen über die feinerzeit gestellten Forderungen fortgesetzt werden.

Unter den Textilarbeitern Nordostböhmens ist eine lebhaftere Protestbewegung gegen die Unternehmerpraktiken der Schwarzgen

offen im Gange. Eine Protestversammlung, die am Freitag in Nachod stattfand, wurde vom Regierungsvertreter aufgelöst und die Teilnehmer von Gendarmen aus dem Saal gejagt. Dadurch wird die Erregung der zumeist tschechischnationalen, teilweise auch verwirrt anarchistisch gesinnten Arbeiter natürlich nur erhöht.

Bauarbeiterausstand in Saragossa (Spanien). Die Handwerker der verschiedenen Zweige des Baugewerbes haben sich mit den ausständigen Bauern solidarisch erklärt und den Generalstreik beschlossen. Die Kellner schließen sich der Bewegung an.

Aus Industrie und Handel.

Rentabilität der Brauereien.

Die Finanzreform vom Juli 1906 belastet nicht nur den Konsum des Volkes mit Steuersummen, die in die Reichskasse fließen. Sie hat diesen Druck noch durch Bestimmungen vermehrt, die den Produzenten einzelner Gewerbe besondere Privatprofite verschaffen. Neben den Schnapsbrennern gehören zu diesen Bevorzugten auch die Bierbrauer. Die Kontingentierung des Brauereigewerbes durch Staffelung der Braualzsteuer zugunsten der kleinen Brauereien und die erhöhte Belastung neu zu gründender Brauereien gestatteten es, daß die Steuer reißlos auf die Konsumenten abgewälzt werden kann. Die Erhöhung der Steuerlast für nach dem 1. August 1906 in Betrieb zu nehmende Brauereien verhindert Neugründungen und damit eine ausgleichende Konkurrenz. Die auch sonst schon gute Lage der Bierbrauereien ist dadurch noch weiter gehoben worden. Das bezeugt eine Veröffentlichung über die deutschen Aktienbrauereien und Malzfabriken im Jahre 1910/11. Der in Folge des heißen Sommers im Jahre 1911 vermehrte Konsum hat die günstige Situation der Brauereien noch verstärkt. Der Absatz der 514 Aktienbrauereien nahm um 2,17 auf 33,76 Millionen Hektoliter zu.

Der Rohgewinn pro Hektoliter stieg von 3,18 M. auf 3,44 M. Der Reingewinn betrug 10,7 Proz. des Kapitals; er ist gegen das Vorjahr um 2,18 Proz. gewachsen. 406 Brauereien erzielten einen höheren Reingewinn als im Vorjahre. Die gezahlten Dividenden wurden von 6,30 Proz. auf 7,14 Proz. erhöht. Bei 220 Brauereigesellschaften wurde diese Erhöhung vorgenommen; nur 26 fehlten ihre Dividende herunter. Keine Dividende zahlten 97 Brauereien (gegen 117 im Jahre 1909/10). Sie vertraten aber nur ein Aktienkapital von nicht ganz 68 Millionen Mark, während das Kapital aller Gesellschaften zusammen mehr als 615 Millionen beträgt.

Gegen 1906/10 hat sich die Zahl der Unternehmungen um eine verringert. Das Aktienkapital ist fast gar nicht gestiegen (von 614,9 auf 615,1 Millionen Mark). Der Kapitalbedarf ist bei den bestehenden Gesellschaften durch Schuldenermehrung gedeckt worden; etwa 18 Millionen Mark sind auf diesem Wege den Brauereien zugeflossen. Die Reserven konnten nicht unerheblich vermehrt werden (um 9,6 Millionen Mark). Die Abschreibungen auf Anlagen wuchsen von 42,8 auf 45,2 Millionen Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenschutz in Kentucky.

Ein neues Gesetz, das die Beschäftigung der Arbeiterinnen regelt, ist im Staate Kentucky in Nordamerica in Kraft getreten. Dieses Gesetz verbietet allen Arbeiterinnen unter 21 Jahren mehr als 10 Stunden täglich oder mehr als 60 Stunden in der Woche zu arbeiten, mit Ausnahme der in häuslichen Diensten beschäftigten. Das Gesetz schreibt auch Sitzgelegenheit für Verkäuferinnen vor und führt eine Reihe neuer Maßnahmen für Gesundheit und Sittlichkeit ein.

Letzte Nachrichten.

Demission des norwegischen Arbeitsministers.

Christiania, 12. August. (B. L. V.) Der Minister für öffentliche Arbeiten, Braenne, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Die Revolution in Nicaragua.

Managua, 12. August. (B. L. V.) Die Aufrührer haben mit der Beschießung der Hauptstadt begonnen. Eine Anzahl von Einwohnern, darunter Frauen und Kinder, wurden verwundet. Die Ausländer haben ihre Landesflaggen gehißt.

Straßenbahnkatastrophe in Bochum.

Bochum, 12. August. (B. L. V.) Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich heute abend gegen 10 Uhr auf der Castroper Straße am Schwanenmarkt. Ein mit Fahrgästen, meist von der Beerdigung der auf der Reche „Lothringen“ getöteten Bergleute zurückkehrender, dicht besetzter Straßenbahnwagen entgleiste, da der anscheinend überladene Anhänger auf der abschüssigen Straße in einer geringen Kurve aus den Schienen sprang. Der Anhänger rannte, den ersten Wagen mit kräftigem Anprall von sich stoßend, gegen das Geschäftslokal der Färberei von Gallusstraße. Der Vorderwagen wurde in entgegengesetzter Richtung gegen ein Zigarrengeschäft geschleudert. Beide Wagen wurden total zerstört. Aus den Trümmern wurden bis jetzt 25 Verletzte, die meist blutige Schnittwunden oder Knochenbrüche erlitten haben, geborgen. Fünf Personen sind lebensgefährlich verletzt. Wie es heißt, sind auch zwei Personen bei der Katastrophe getötet worden.

Russische Polizeischergen überfallen.

Warschau, 12. August. (B. L. V.) In Czestochowa wurde der Polizeimeister Petura sowie ein ihn begleitender Polizeigang von sechs unbekanntem Männern überfallen und durch Revolverschläge schwer verletzt. Die Attentäter sind entkommen.

Dynamitbomben auf türkischen Bahnen.

Saloniki, 12. August. (B. L. V.) Auf der Bahnstrecke Kilkis-Karousseli wurden vor dem Passieren eines Zuges zwei mit elektrischen Batterien verbundene Dynamitbomben entdeckt, die am Gleise befestigt waren. Auf allen Bahnstrecken sind die Arbeiter wachsam gehalten worden.

Schweres Unglück in der österreichischen Kriegsmarine.

Wien, 12. August. (B. L. V.) Ein schweres Unglück ereignete sich auf dem Begleitschiff für Torpedoboote „Gaea“. Infolge Explosion eines Ventils wurden drei Ventile durch schießendes Wasser verbrüht. Trotzdem ihnen sofort ärztliche Hilfe zuteil wurde, sind bei ihren Verletzungen 17 Personen. Die „Gaea“ ist erst seit kurzer Zeit in die österreichische Flotte eingetrufen. Sie war früher als „Fürst Bismarck“ eines der beliebtesten Passagierschiffe der Hamburg-Amerika-Linie.

Krieg im Frieden.

Budapest, 12. August. (B. L. V.) Beim gestrigen Hindernisrennen des 8. Husarenregiments in Neudorf stürzte ein Wachtmeister so unglücklich, daß er sofort seinen erlittenen Verletzungen erlag. Auch mehrere Husaren sind schwer verletzt worden.

Absturz eines Aviatikers.

Wals (Ungarn), 12. August. (B. L. V.) Der Aviatiker Tschik ist gestern mit einem Apparat aus einer Höhe von 20 Metern abgestürzt und hat schwere Verletzungen erlitten. Sein Zustand gibt zu Bedenken Anlaß.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Berlin-Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil veranlagt.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr, nach Chemnitz ein.

Die Eröffnung soll am 15. September in der Sporthalle stattfinden:

- Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und Wahl der Mandatsprüfungskommission. Die Verhandlungen der folgenden Tage finden im Wintergarten, Schönau-Chemnitz, statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes: a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert; b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun. 2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Raden. 3. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse S. Müller. 4. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann. 5. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen. 6. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase. 7. Die Kaiserin. Referent: Genosse Pfannkuch. 8. Der Internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Wolfenbüch. 9. Anträge. 10. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10, Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

ParteiSekretär W. Ruhn, Chemnitz, Dresdener Str. 88.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen Der Parteivorstand.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. Berlin A. P. Hansviertel 3.— Köln Reg. B. 20.— 6. Berlin W. 50 D. L. 21.— 11. Berlin, Statist., Char-

Kleines feuilleton.

Die „vernagelte Literatur“. Die Verurteilung des bisherigen Reichsanwalts Paul Arthur Nagel zum sächsischen Justizminister rief eine Erinnerung an das „jüngste Deutschland“ nach. Nagel bellederte sich mit zweifelhaftem Ruhm durch seine Rolle als Ankläger einiger jener Sturm- und Drang-Poeten, die seit Mitte der achtziger Jahre das deutsche Philistertum nicht mehr schlafen ließen. Da trat der sächsische Staatsanwalt Dr. Nagel für die bedrohte deutsche Sittlichkeit und Gottgläubigkeit in die Schranken. Vornehmlich hatte er es auf das Schriftsteller-Trifolium Conrad Alberti (Sittenfeld), Wilhelm Balloth und Hermann Conradi abgesehen, zumal auf Conradi, dessen Roman „Adam Mensch“ am 1. April 1889 bei Wilhelm Friedrich in Leipzig erschienen war und alsogleich viel Staub aufwirbelte. Es wird wohl unaußersichtl. bleiben, wer unter Conradi's Leipziger „Freunden“ das denunziatorische Wadenstück besorgt hat.

Genug: „Schon am 14. April“ — so berichtet Paul Schmanz, der Herausgeber von Conradi's „Gesammelten Werken“ (München, Georg Müller Verlag), in seiner verdienstlichen Lebensbeschreibung des Dichters — „hatte Friedrich eine anonyme Postkarte aus Vorna erhalten, welche auf das ominöse Wort „verdient“ im „Adam Mensch“ hinwies. Am 20. Juni belam Friedrich den ersten Besuch des Staatsanwalts, bei welchem der „Adam Mensch“ und Wilhelm Balloth's „Dämon des Relbes“ wegen Unsittlichkeit und ersterer noch wegen Gotteslästerung denunziert worden war. Am 29. Juni wurde dann Friedrich's gesamter Briefwechsel mit Conradi, und am 19. Juli die gesamt. Vorurteile beider Romane vom Staatsanwalt Nagel persönlich beschlagnahmt. Da das Gericht die Erklärung Friedrich's, er habe die Romane vor der Drucklegung nicht gelesen, für unwahr hielt, fand am 24. Juli sowohl bei Balloth wie bei Conradi eine Hausdurchsuchung nach belastendem Material statt. Durch das Eingreifen des Staatsanwalts in sein Leben ward Conradi sehr überhäuft und von seinen großen schriftstellerischen Plänen ferner gehalten, als ihm lieb sein konnte. Aber gebrochen fühlte er sich durch die Aussicht auf den bevorstehenden Prozeß nicht. Die ganze Geschichte — meinte er — kommt mir nur verdammt läppisch und kindisch vor. Jedenfalls ist es für mich vorläufig das notwendigste, wieder gesund zu werden, um von neuem arbeiten zu können — den Kerlen werde ich nachher schon den Standpunkt klar machen, aber ordentlich.“ (17. Juli 1889). Ja, er räumte den „Adam Mensch“, „der soeben im Begriff ist, die allerhöchste Staatsanwaltschaft samt sich selber an die „Unsterblichkeit“ auszuliefern — die Staatsanwaltschaft war ja oft schon die Hebamme des Ruhmes, der Verächtlichkeit — zum mindesten der Verächtlichkeit — in dessen, es scheint in der Tat ein „Gesetz“ zu sein, daß der Weg in die europäische Immanenz über die historischen Straftatungen führt“ ...

lottenburg-Rieg 2,75. 16. Berlin für Märztranz von Raffel, Wildau 37,55. 18. Eisenach-Dernbach 826,80. 19. Berlin Dr. P. H. 100.— Neutlingen 3. u. 4. Du. 354,54. 4. bad. Ar. 4. Du. 91,84. Ober-Varnitz 4. Du. 144,60. Rapen-Abtwitzer 3. u. 4. Du. 30.— Neuf j. 2. u. 4. Du. 1500.— 20. Wotsdam-Ostbavelland 4. Du. 587,76. Frenzlau-Angermünde 4. Du. 69,20. Köln für Wimmenschiffer 21.— Obere Rheinprovinz 3. u. 4. Du. 28,24. 1. bad. Ar. 4. Du. 180,00. Wiesbaden V., 2., 3. u. 4. Du. 49,20. Brandenburg-Weißhavelland 4. Du. 821,14. 15., 16. u. 17. würtbg. Ar. 4. Du. 72,26. Oberlappell 50.— Elberfeld-Parmen Rest 4. Du. 250.— 22. Wittenberg-Schweinitz 100.— 8. bad. Ar. 4. Du. 116,24. Altlich-Teum 4. Du. 14,22. Bez. Mecklenburg f. 2 Ar. (Schwerin 4. Du. 318,72. Güstrow 3. u. 4. Du. 293,13). Sa. 611,85. Hildesheim 10. hann. Ar. 3. u. 4. Du. 711,45. 7. schlesw.-holst. Ar. 3. Du. 3471,20. Bez. Ostpreußen f. 17 Ar. 3. u. 4. Du. (Remel 53,50. Labiau-Wehlau 172,89. Königsberg-Stadt 1424,90. Königsberg-Land 376.—, Heiligenbeil 8,79. Braunsberg 8,10. Vr.-Holland 5,70. Dierode 11,40. Allenstein 6,24. Rastenburg 35,22. Tilsit 183,41. Rogunt 82,08. Gumbinnen 70,68. Stallupönen 4,39. Angerburg 1,08. Lyck 18,96. Sensburg 1,14). Sa. 2414,48. 23. 15. hann. Ar. 3. u. 4. Du. 196.— 5. hann. Ar. 3. u. 4. Du. 59,42. 1. braunschv. Ar. Rest 4. Du. 621,71. 2. braunschv. Ar. Rest 2. Du. 177,19. 24. Falkenberg O./S. A. 2. 3.—, Sorau-Forst 482,26. Bez. Westpr. f. 8 Ar. (Eibing 90,68. Reustadt 4,48. Graubenz 24,68) Sa. 119,84. Teufenberg-Steinfurt 4. Du. 19,82. 1. old. Ar. 2. Du. 315,65. 25. Rappin-Templin 30.—, Altens-Jericho 4. Du. 177,12. Rappoltsweiler 3. u. 4. Du. 114,63. Elm 4. Du. 321,75. Glasarbeiter Toluca, Mexiko 144,20. 26. Donau-Gelnhäusen 4. Du. 1709,75. Münster-Goesfeld 3. u. 4. Du. 58,80. 4. schlesw.-holst. Ar. 4. Du. 129,45. Goslar 13. hann. Ar. 3. u. 4. Du. 203,17. Hamm-Soest 4. Du. 270,15. Gollu 7. würtbg. Ar. 4. Du. 184,37. Hamburg, aus dem „Echo“ Vertrieb 15 000.— Einbeil 11. hann. Ar. 1. u. 2. Du. 395,52. 27. Ralsch-Baren 4. Du. 82,56. Arnswalde-Friedeberg 23,96. Stuttgart, 1. würtbg. Ar. 4. Du. 2464,88. Jennig, Argentinien 5.—, 29. Gau Südbayern, f. 18 Ar. 4. Du. (München 156,86. Ingolstadt 46,60. Wasserburg 23,46. Weilheim 153,18. Rosenheim 189,56. Traunstein 52,40. Landshut 70,30. Straubing 23,40. Passau 6,18. Würzburg 18,90. Deggendorf 10,98. Regheim 3,66. Donauwörth 16,80. Dillingen 11,36. Wertingen 52,74. Kaufbeuren 33,60. Jümmenstadt 108,48. Regensburg 151,98) Sa. 1103,94. Stuttgart, 1. würtbg. Ar. Rest 4. Du. 35,87. 30. Vedum-Lüdinghausen 4. Du. 61,70. 31. Penney-Wettmann 3. u. 4. Du. 1515,27. Gippingen-Gnand 4. Du. 448,55. Berlin, „R. Gewonnen“ 3.—, 7. hannob. Ar. 3. u. 4. Du. 176,44. Parchim 4. Du. 95.—, Guben-Lützen 4. Du. 342,22. 13. würtbg. Ar. 4. Du. 24,78. Berlin A. B. 50.—, S. S. 50.—, Gr.-Berlin a. Konto seiner 8 Ar. 15 000.—, darunter: Vuffach 1.—, Sodikates 9,05, Bezirk 434 3.—, Schönberg 2.—, Kranzüberkuh der Arbeiter der Firma Melann 12,60, Ueberkuh der Frauenpartie der 17. und 20. Abt. 1,35, Spar- und Pumpflasse Jänner leer 15.—, Höppler 2.—, Ueberkuh von der Stammsammlung für die Rirgelfallen, Schultheiß-Drucker, Abteilung I 16.—, Gutenberg 26,00. Berlin, den 10. August 1912.

Für den Parteivorstand:

J. S.: Otto Braun, Lindenstr. 3. Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Erfolgreiche Parteiarbeit.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Chemnitz, den wir in unserer Donnerstagsnummer veröffentlicht haben zeigt auf allen Gebieten der Partei erfreuliche Fortschritte. Ist es auch nicht gelungen, den vier Millionen sozialdemokratischer Reichstagswählern die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzuführen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni d. J. 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836 562, darunter 107 693 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Proz. zu verzeichnen, gegen 16,1 Proz. im Vorjahre. Die männlichen Mitglieder vermehrten sich um 15,2 Proz., die weiblichen um 21,0 Proz.

Natürlich wurde Conradi durch die Anklage innerlich tief bekrüht und wünschte, den „Drauf-Prozeß“ bald los zu sein. In seinem literarischen Arbeiten wollte er sich jedenfalls durch den „M“ nicht stören lassen, und er hätte, der Staatsanwalt habe mit der ganzen Literatur Schmolli's getrunken. Auch wollte er bei der Verhandlung sein und den Herren ein paar heftige Bemerkungen zu kosten geben: „Der deutsche Staatsanwalt und die Kunst — ein famosel Ehepaar!“ Schließlich schrieb er am 16. Dezember 1889 ein kurzes Stacheliges, künstlerisch belangloses Gelegenheitsgedicht, in dem er mit Beziehung auf die ihm vorgeworfene Gotteslästerung meinte, der Staatsanwalt sei das gelungenste Geschöpf Gottes:

Nur schade, daß der Schöpfer der Knecht Seiner Geschöpfe inzwischen geworden!

So rasch, wie Conradi gehofft hatte, sollte es jedoch zum Prozeß nicht kommen, ja, der Dichter erlebte ihn nicht mehr, denn schon am 8. März 1890 erlöste ihn der Tod von qualvollen Leiden. ... Erst am 23., 26. und 27. Juni 1890 fand die Hauptverhandlung über die drei inkriminierten Romane („Der Dämon des Relbes“ von Balloth, „Adam Mensch“ von Conradi und „Die Alten und die Jungen“ von Alberti) statt mit dem Endergebnis ihrer Verurteilung zur Einziehung und Vernichtung. Freilich nicht ohne ein pilantes Zwischenspiel. Denn als Conradi Alberti sich in seiner Selbstverteidigung auf Friedrich Heibel berufen zu sollen glaubte, der sich ja verschiedentlich in seinen Werken eines ähnlichen Reats schuldig gemacht hätte, da wünschte Staatsanwalt Nagel dessen Adresse zu erfahren, um auch ihn wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften vor die Gerichtshranken zu bringen, was Alberti zu der bliffigen Bemerkung von der „vernagelten Literatur“ veranlaßte und ihm eine Ungebührstrafe von hundert Mark eintrug. Staatsanwalt Nagel hätte, so erzählt man damals, die edle Absicht verfolgt, „das jungdeutsche Feinwesen auszurauchern“. Das ist ihm nicht gelungen, ja, es gelang ihm nicht einmal, den ersten Nagel zum Sarge der jungdeutschen Dichtung zu stellen — obgleich er am solanen Sargnagel wohl selbst geglaubt haben möchte.

Musik.

Deutsches Opernhaus. Volkskonzerte. Der kommende Winter verspricht für das musikalische Drama, auch weitesten Sinnes, in Berlin wenig. Nach den vielen Pletten ist's kein Wunder, daß vorläufig am besten auf die Operette zu rechnen sein wird. Mit gesicherteren Schritten, von Stadt und Kapitalismus geschützt, scheint das Deutsche Opernhaus Charlottenburg ins Leben treten zu können. Das Projekt hatten wir seinerzeit charakterisiert; seine guten Seiten waren auch seither nicht anzuzweifeln. Nun legen uns nähere Mitteilungen vor. Auffallend ist dabei, daß noch immer nichts verlautet, wohin der Lauf gehen soll: schöpferisches Wagnern für Unbekanntes, sei's alt oder neu, oder aber Ausnutzung eines gesicherten Repertoires, oder vielleicht be-

Unter Hinzurechnung der „Gleichheit“ verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 Abonnenten. Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Zunahme an Abonnenten von 171 577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7 840 718 M. auf 8 888 834 M. und die Einnahmen aus Inseraten von 5 853 302 M. auf 6 830 496 M. gestiegen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, nur in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Neuf a. L.

Seit die Partei die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, schreitet sie auch hier erfolgreich vorwärts. Die Partei hat jetzt in 470 Städten 2531 und in 2680 Landgemeinden 7593 Vertreter; außerdem in 50 Städten 104 Magistratsmitglieder und in 157 Landgemeinden 204 Gemeindevorstandsmitglieder.

Aus den Kapiteln „Agitation“ und „Reichstagswahlen“ ergibt sich, daß der Parteivorstand umfangreiches Agitationsmaterial zu allen wichtigen politischen Vorgängen herausgegeben hat. Außer dem Handbuch und einer Anzahl von Broschüren sind zur Reichstagswahl allein 68 verschiedene Flugblätter zur Verbreitung gegeben worden.

Die Tätigkeit des Bildungsausschusses ist durch die Wahlbewegung erheblich beeinflusst worden. Nichtsdestoweniger ist auch im letzten Jahre eine umfangreiche und planmäßige Bildungsarbeit geleistet worden.

Auch die Jugendbewegung hat gute Fortschritte aufzuweisen. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ ist von 65 000 auf 80 100 gestiegen.

Trotz der großen finanziellen Aufwendungen für die Reichstagswahlen kam der Kassenabschluß nicht als ungünstig bezeichnet werden. Für die Wahlen sind 910 000 M. von der Zentralkasse verausgabt. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 die Reichstagswahlen erforderten. Den Reserven sind 233 000 M. entnommen worden.

So kann die Partei mit Stolz auf das hinter ihr liegende Kampfsjahr zurückblicken.

Die Heimatlosen in Schleswig und die Arbeiterversicherung.

Einen interessanten Beitrag zur Beleuchtung der sozialen Seite der Heimatlosenfrage in Schleswig bietet ein Briefwechsel zwischen der Landesversicherungsanstalt für Schleswig-Holstein und dem dänischen Arbeiterssekretariat, den jetzt ein dänisches Blatt veröffentlicht hat.

Angaben in der „Nieler Zeitung“ über die Beeinträchtigung von heimatlosen Invaliden im Genusse der ihnen zustehenden Rente, die auf Mitteilungen im Jahresbericht des dänischen Arbeiterssekretariats zurückgingen, hatten die Landesversicherungsanstalt veranlaßt, den dänischen Arbeiterssekretär um die Ausführung von Einzelfällen zu ersuchen.

In dem Antwortschreiben werden nun folgende überaus bezeichnende Fälle mitgeteilt:

Am 8. April 1904 verheiratete sich die Näherin Petrine Silskaben aus Stepping mit dem Arbeiter Peter Christian Peterfen. Sie zogen nach Brocker, und die Invalidenrente von 123 M., die sie bisher erhalten hatte, wurde dahin überwiesen, so daß ihrer Heirat vorläufig keine schädlichen Folgen hatte, davon abgesehen, daß sie ihr preussisches Staatsbürgerrecht verlor.

Hierin trat indessen infolge des Vorgehens der Verwaltungsbehörden gegen ihren Ehemann im Jahre 1910 eine Aenderung ein. Im Februar 1910 erhielt er auf ein Gesuch um die Niederlassungserlaubnis abschlägigen Bescheid, wurde ausgewiesen, mußte das preussische Staatsgebiet verlassen und nach Dänemark überiedeln, wohin ihm seine Ehefrau nach kurzem Aufenthalt in Stepping folgte. Wie es scheint, hat sie nun, obwohl im Auslande anständig-

sondere Bemühungen nach eigenartiger Darstellungsweise? Einermachen groß scheint die Sache immerhin angelegt zu sein. Das Orchester soll 79 Mitglieder haben und auf 100 zu verstärken sein; Chor 82, mit Chorschule 100; Ballett ungefähr 20, dazu noch eine Ballettschule. Von den 19 Sängern und 22 Sängerinnen sind einige aus älteren Vätern herübergeholt, die meisten anscheinend ganz neu; unter den Bekannten der einzigartige Jubelkünstler der „Königlichen“, Julius Liebman. Dazu dann zahlreiche künstlerische und technische Vorstände: 2 Regisseure, 3 Dirigenten, 5 Konzertmeister, 5 Musikhelfer usw. Ueber allen die musikalisch-dramatische Oberleitung, d. i. Direktor Georg Hartmann, der immerhin eine feste Hand zu haben scheint und wohl auch als Oberregisseur die Seele des Ganzen sein will. Die Kassenpreise laufen zwischen 80 Pfennig und 5 Mark, einschließlich Garderobe und Zettel. Abonnement für die Wochentage in mehrfacher Abstufung. — Losgehen soll am Montag, den 4. November, falls es die Steine gestatten.

Unterdessen geht unsere sommerliche Idylle, d. i. die Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters, in bekannter Weise weiter. Es ist auch schon erfreulich, die Programme vor sich zu sehen. Wir erwähnen kurz einige Besonderheiten: Mittwoch, den 14. August („Vod“) Violoncellkonzert von Haydn; Sonnabend, den 17. („Königsstadt“) Schottische Sinfonie von Mendelssohn und Septett von Beethoven; Mittwoch, den 21. („Konfordia“) „Im Walde“ von Raff. Bis 27. September dauert's.

Humor und Satire.

Polizeilandale haben und drüben. In Amerika wurde, es war ein Skandal, Ermordet der Spieler Rosenthal. Ob dieser Schandtat der Polizei Erhöb sich bei und ein großes Geschrei! Schlagt, Kinder, nicht solchen Lärm an: Wir haben doch Die wald und Herrmann ...

Der Reher. „A rechter Strizt is er jo freit (so allwet g'wen, der Herr Dokter, und in d' Kirch'n is er nöi vill nei genga, aba daß er si amol no tat verbrenna lass'n, daß hätt i vo eahn do nöi glaabt!“ („Simplicissimus“.)

Notizen.

— Schriftsteller Peter Larien telegraphiert uns aus München, daß er durch englische Touristen gerettet wurde und „einsteilen noch lebendig“ sei. — Der Zentralverband Deutscher Tonkünstler und Tonkünstlervereine (E. V.) hält seinen 9. Delegiertenag am 14. und 15. September d. J. in Erfurt ab.

eine Zeitslang die Rechte in Stepping weiter feststellen können. Lange dauerte es jedoch nicht. Die Landesversicherungsanstalt kam dahinter, daß sie nicht in Stepping wohnte, und stellte durch Bescheid vom 2. März 1911 die Auszahlung der Rente ein, „solange die Berechtigten im Auslande bleibe“, unter Hinweis auf den § 48 des damals geltenden Invalidenversicherungsgesetzes, wo es heißt, daß die Rente ruht, solange der Berechtigte nicht seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande habe. Es wird allerdings in demselben Paragraphen hinzugefügt, daß diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete außer Kraft gesetzt werden könne, und das ist für Bamdrup geschehen. Aber wie in so vielen anderen Fällen zeigte es sich auch hier, daß es mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden war, in Bamdrup eine der Ausbildung des Mannes entsprechende Beschäftigung zu finden. Der Frau blieb also nur die Wahl, entweder auf die Rente zu verzichten, oder — praktisch gesprochen — sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Sie wählte das erste, was schon in Anbetracht ihrer Invalidität nicht wundernehmen kann, und die Folge des Vorgehens der Behörden ist also die, daß eine durch Krankheit geschwächte Frau ohne die geringste eigene Schuld eines Rechts auf Unterstützung beraubt worden ist, daß sie sich durch jahrelange Einzahlungen erworben hat.

Ähnliche Fälle sind indessen auch nach dem Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung denkbar. Es muß hierbei in Betracht gezogen werden, daß die Heimatlosen durchweg der Klasse der Landarbeiter angehören und mit Frauen verheiratet sind, die vor ihrer Heirat in der Regel in dienenden Stellungen gewesen sind. Mann und Frau werden also in den meisten Fällen das Recht erworben haben, eintreffendenfalls Invaliden-, Alters-, Witwen- und Kinderrenten zu erhalten. Aber was ist die Folge, wenn ihnen die Niederlassungserlaubnis verweigert wird und sie freiwillig über die Grenze ziehen? Nach der Reichsversicherungsordnung (§ 1313) ruht die Rente, solange der Berechtigte, sich freiwillig im Auslande aufhält. Also: der Heimatlose, der nur darum über die Grenze zieht, weil ihm die Niederlassungserlaubnis verweigert oder er aufgegeben worden ist, seinen Wohnsitz außerhalb Norddeutschlands zu verlegen, geht der Unterstützung verlustig, auf die er durch seine und seiner Arbeitgeber Einzahlungen ein Recht erworben hat. Und in derselben Weise geht es seiner Frau. „Trogt“ er dagegen den Verfügungen der Behörden, so daß er „lästig“ und infolgedessen rechtskräftig ausgewiesen wird, bewahrt er sich unter allen Umständen sein Recht auf Invalidenrente usw., da es dann nicht von ihm heißen kann, daß er sich freiwillig im Auslande aufhalte. Daß dieses nicht nur ein Gedankenexperiment ist, sondern für die betreffenden Kreise große praktische Bedeutung hat, dürften folgende Fälle beweisen:

Der Arbeiter Hans Chr. Hansen in Apenrade erhielt seinerzeit auf ein Gesuch um die Erlaubnis zur Niederlassung abschlägigen Bescheid, obwohl seine früheren deutschgefinnten Arbeitgeber (u. a. der Gemeindevorsteher J. Moos in Stollig, bei dem er ununterbrochen 5 Jahre gedient hatte) ihm das Zeugnis gaben, daß er sich sehr gut verhalte und an seinen antideutschen Versammlungen teilgenommen oder in irgendeiner Weise sich deutschfeindlich geäußert habe, so daß in politischer Hinsicht seiner Naturalisation nichts im Wege stehe. Wäre Hans Chr. Hansen nun über die Grenze gezogen, so wäre er seiner Rechte als Mitglied der deutschen Invalidenversicherung verlustig gegangen. Er blieb darum, wo er war, fand später eine Zeitslang Aufnahme in dem Sanatorium der Invalidenversicherung und empfängt jetzt eine jährliche Invalidenrente von etwa 150 M.

Genau ebenso lag anfangs die Sache seines Freundes und Arbeitsgenossen Niels Peter Burtal. Auch er erhielt trotz der besten Empfehlungen auf ein Gesuch um die Niederlassungserlaubnis abschlägigen Bescheid. Er setzte sich zur Wehr, wurde indessen krank, war vom 20. Juli bis 20. Oktober auf Rechnung der Invalidenversicherung im Krankenhaus bezug. Sanatorium in Apenrade und kam unter dem Vorstande des betreffenden Kreiskrankenhauses zum Invalidenrente ein, als sich sein Zustand verschlechterte. Das von dem Arzt unterstützte Gesuch wäre ohne Zweifel bewilligt worden, wenn er nicht während eines zufälligen Aufenthaltes bei Verwandten in Dänemark einen schweren Rückfall erlitten hätte, so daß er sofort in ein dortiges Sanatorium gebracht werden mußte. Eine Zeitslang hörte er von der Versicherung nichts, brachte das aber mit einer Äußerung des Arztes in Apenrade in Verbindung, daß man nicht gleichzeitig aus zwei Kassen bekommen könne; er empfing nämlich auch Krankengeld. Aber als Ende d. J. die Verpflichtungen der Krankenkasse aufhörten, schrieb er an die Direktion der Versicherungsanstalt, teilte seine augenblickliche Adresse mit und erhielt folgende Antwort:

„In Erwiderung Ihres Schreibens vom 27. v. M. bemerken wir ergebenst, daß ein Antrag auf Invalidenrente an die zuständige Polizeibehörde Ihres letzten inländischen Beschäftigungsortes eingereicht werden muß. Bisher liegt ein solcher Antrag nicht vor; es kann folglich von der Bewilligung einer Invalidenrente auch keine Rede sein.“

Solange Sie sich übrigens im Auslande aufhalten, kann die Rente nicht ausbezahlt werden; sie ruht vielmehr.“

Es ist sehr richtig, daß ein Antrag auf Invalidenrente nicht an die Direktion eingereicht werden soll, und der eigentliche Zweck des Schreibens Burtals war denn auch, die Sache zu beschleunigen, da er Geld brauchte. Nach der Auskunft, mit der das Schreiben der Landesversicherungsanstalt schließt, wird man jedoch verstehen, daß er es aufgab, von der Seite Hilfe zu erwarten, um so mehr, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er im Auslande die Rente nur dann erhalten könne, wenn er rechtskräftig ausgewiesen sei — und das war er eben nicht. Die angeführten Fälle dürften mit genügender Deutlichkeit beweisen, daß infolge des Vorgehens der Behörden gegen die Heimatlosen beträchtliche wirtschaftliche und soziale Interessen auf dem Spiele stehen. Nicht durch das Verhalten der Invalidenversicherungsanstalt. Diese hat, soweit mir bekannt ist, sich stets an die gesetzlichen Vorschriften gehalten, und es ist vom rechtlichen Gesichtspunkte weder im Falle Petrine Willabens, noch im Falle N. P. Burtal gegen den Standpunkt der Anstalt etwas einzuwenden. Sehr ernste Bedenken müssen dagegen gegen die Praxis der Verwaltungsbehörden erhoben werden, die derartige unhaltbare Zustände hervorruft und es würde mich sehr freuen, wenn die Invalidenversicherungsanstalt zur Abhilfe die Hand reichen würde, um so mehr, als die Träger der anderen Versicherungen, in Sonderheit der Unfallversicherung, sich dann vielleicht zur Befolgung des von ihnen gegebenen Beispiels bewegen ließen.“

Soweit die Antwort auf die Anfrage der Landesversicherungsanstalt. Wahrhaftig ein löstliches Bild von der Verantwortung der Zustände, die ein schändliches preussisches Polizeiregiment heraufbeschworen hat. Wenn es erst soweit gekommen ist, daß nicht die Befolgung behördlicher Verfügungen, sondern vielmehr die Auflehnung gegen diese den Genus eines gesetzlich garantierten Rechtes bedingt, dann können diese Behörden getrost ihr Testament machen. Die behauptete „Widerhaarigkeit“ der heimatischen Arbeiter erscheint aber von hier aus in etwas anderem Lichte; sie müssen, wenn sie nicht des eigenen sauer verdienten Geldes verlustig gehen wollen, den Regierenden „troten“. Nun, das Rückgrat der Heimatlosen wird wohl darunter weniger leiden als das Ansehen der Behörden, wenn dieses überhaupt noch Schaden nehmen kann.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Dresden, 10. August.

5. Verhandlungstag.

Als Delegierte zum Internationalen Arbeiterkongress wurden gewählt Breh und Schneider-Hannover (Vorstandsvertreter), Hegemann-Hamburg, Richter-Dresden, Stammer-München und Bruns-Berlin.

Den Bericht der Kommission für die Regelung der Gehälter der Angestellten gab Martens-Hamburg. Die Kommission macht folgende Vorschläge: Mitglieder des Vorstandes Anfangsgehalt 2400 M., steigend jährlich um 150 M. bis zu 3300 M. Gauleiter: Anfangsgehalt 2200 M., steigend um 120 M. jährlich bis zu 3000 M. Bureauangestellte beim Vorstand: Anfangsgehalt 2000 M., steigend jährlich um 100 M. bis zu 2700 M. Die Stellen sollen in zwei Gruppen eingeteilt werden. In der Gruppe I sind die Gehälter der Agitationsleiter und Geschäftsführer gleich denen der Gauleiter, und die Gehälter der Hilfskassierer und Bureauangestellten sollen den Gehältern der Bureauangestellten im Hauptbureau entsprechen. In der Gruppe II (kleinere Stellen) sollen die Gehälter betragen: für Agitationsleiter und Geschäftsführer Anfangsgehalt 1900 M., steigend jährlich um 100 M. bis zu 2400 M. für Hilfskassierer Anfangsgehalt 1800 M., steigend um 50 M. jährlich bis zu 2200 M. Die Steigerungssätze sollen bereits ab 1. Oktober 1911 in Kraft treten. Die Ferien sollen für sämtliche Angestellten nach einjähriger Dienstzeit zwei Wochen, nach fünf Jahren 3 Wochen betragen. Die Beiträge für die Privatversicherungsverpflichtung sollen voll vom Verband getragen werden.

Diese Vorschläge riefen eine starke Opposition hervor, der nicht nur die Gehaltsfrage zu hoch, sondern auch die Ferien zu lang waren. Die Kommissionsvorschläge fanden jedoch auch warme Befürworter. Ein Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, wurde abgelehnt. Ebenso verfielen sämtliche Änderungsanträge der Ablehnung. Die Abstimmung über die Vorlage der Kommission war namentlich für die Vorschläge stimmten 119, dagegen 50, und 18 Delegierten enthielten sich der Abstimmung. Die Kommissionsvorlage ist also angenommen.

Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1912 in Kraft. Die bisherigen angestellten Vorstandsmitglieder und der Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender des Ausschusses bleibt Bruns-Hamburg. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste Verbandstag findet 1914 in Stuttgart statt.

Bundestag des Arbeiterradfahrer-Bundes „Solidarität“.

Dresden, 11. August.

Im geschmückten Saale des Volkshauses trafen gestern abend 6 Uhr die Vertreter des Arbeiterradfahrer-Bundes „Solidarität“ zum neunten Bundestag zusammen. Die Tagung ist stark besetzt. Es nahmen an ihr teil 117 Delegierte, eine Anzahl Vorstandsmitglieder und Funktionäre. Als Gäste sind Vertreter des Arbeiter-Turnerbundes und des Arbeiter-Schwimmerbundes anwesend. Der Arbeiter-Athleten- und der Arbeiter-Schwimmerbund haben ebenfalls Vertretungen zugesagt.

Junächst hieß namens der Dresdener Mitgliedschaft Punkt-Dresden die Delegierten herzlich willkommen. Er betonte, trotz aller behördlichen Bekämpfungen habe der Bund in Sachsen Erfolge zu verzeichnen, wie sonst nirgends. Der Dresdener Verein habe in den letzten vier Monaten allein 500 neue Mitglieder gewonnen; er zähle jetzt 200 Mitglieder.

Verbandsvorsitzender Fischer-Offenbach wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß der Bund zum ersten Male in Sachsen tagt. Die Gauen 14 und 15, die Sachsen umfassen, seien heute die größten Gauen des Bundes. Das beweise, daß je schärfer der Druck von oben, um so tiefer und gewaltiger die Bewegung von unten sei. Das könne sie mit Stolz erfüllen. Es zeige aber auch, daß die Arbeiterschaft einig zusammenhalten müsse, um Erfolge zu erzielen. Nehner hofft, daß auch die Beratungen des Bundestages von dem Gedanken der Einigkeit getragen sind.

Der Vorsitzende des Arbeiter-Turnerbundes, Hannisch-Leipzig, überbrachte die Grüße der Turner. Er betonte, der Arbeiter-Turnerbund würde von den Behörden noch stärker bekämpft als die Radfahrer. Ihre Vereine würden nicht nur als politisch erklärt, sondern gleich aufgelöst, wenn sie sich eines Vergehens schuldig gemacht haben sollen.

Als Vorsitzende des Bundestages wurden Mejer-Dresden und Traue-Leipzig gewählt, denen vier Schriftführer zur Seite stehen.

Nach Einsetzung verschiedener Kommissionen war die Eröffnungsfeier beendet.

Die heutige Sitzung war eine geschlossene. Es wurden in ihr nur rein interne Angelegenheiten behandelt.

Nachmittags beteiligten sich die Delegierten an dem neunten Bundestag.

Verbandstag der Schneider.

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands hält in dieser Woche im „Volkshaus“ zu Köln seinen 12. Verbandstag ab. Aus dem an den Verbandstag gerichteten Geschäftsbericht des Vorstandes geht hervor, daß die letzten zwei Jahre sowohl hinsichtlich des Fortschrittes als auch in bezug auf Lohnkämpfe für den Verband von großer Bedeutung waren. Die Mitgliederzahl ist in dieser Zeitperiode um 6000 männliche und 2317 weibliche gestiegen und betrug bei Abschluß des 1. Quartals dieses Jahres insgesamt 50 390. Auch die Finanzen haben sich in der verflochtenen Geschäftsperiode wesentlich gebessert, trotzdem die Lohnbewegungen und Streiks in den letzten beiden Jahren der Hauptkasse eine Ausgabe von 767 798 M. verursacht haben. Der Kassenbestand ist trotz dieser hohen Ausgabe von 425 000 M. auf 526 343 M. angewachsen. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen in der Berichtszeit 2 250 800,28 M., denen an Ausgaben 1 724 537,08 M. gegenüberstehen. Neben der erwähnten hohen Ausgabe für Lohnbewegungen und Streiks ist besonders viel Geld für Krankenunterstützung verbraucht, nämlich 232 572,10 M. An Reiseunterstützung wurden 55 673 M. gezahlt, an Gewahrgelagerteunterstützung 18 944 M., für Agitation wurden 35 517,36 M., sowie 54 102,93 M. an die Gewerkschaften gegeben. Die Ausgaben für Rechtschutz belaufen sich auf 5758,01 M. und die Unterhaltungen an Streikende oder Ausgesperrte anderer Verbände auf 13 000 M. Die Beiträge an die Generalkommission der Gewerkschaften belaufen sich auf 8998 M. Ein Vergleich des vorliegenden Kassenberichts mit dem der vorhergehenden Geschäftsperiode zeigt eine Mehrerinnahme von 777 094,15 M. auf. Aus der Zusammenstellung der Lohnbewegungen in den letzten zwei Jahren geht hervor, daß in 171 Orten mit insgesamt 35 000 Beteiligten 185 Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung stattfanden und daß diese Lohnbewegungen in 183 Fällen für 34 340 Personen erfolgreich waren. Es wurde für 4348 Personen eine Arbeitszeitverkürzung und für 33 271 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 69 286 Mark pro Woche erzielt. Angriffsstreiks fanden 79 mit insgesamt 29 705 Beteiligten in 135 Orten statt. Davon waren 78 Streiks für 10 955 Beteiligte erfolgreich, und zwar erzielten 803 Personen eine Arbeitszeitverkürzung und 13 625 Personen eine Lohnerhöhung von 34 007 M. pro Woche. Abwehrstreiks wurden 24 unternommen, die sich auf 17 Orte verteilten und 712 Personen betrafen. Erfolgreich waren die Abwehrstreiks in 13 Fällen für 444 Beteiligte. An Ausperrungen waren 105 zu verzeichnen, die sich auf 95 Orte und 1405 Betriebe mit 8590 Beteiligten erstreckten. Die Ausperrungen betrafen noch für 206 Personen eine Arbeitszeitverkürzung und für 301 Personen eine Lohnerhöhung von 400,00 M. pro Woche. An den insgesamt 393 Bewegungen, die der Verband in den letzten zwei Jahren zu verzeichnen hatte, war er mit 33 600 Personen = 84,1 Proz. des Mitgliederbestandes beteiligt. Tarifverträge wurden insgesamt in 274 Fällen für 45 718 Personen abgeschlossen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart nahm in seiner Versammlung am 9. August Stellung zum Chemnitzer Parteitag. Zur Reorganisation der Partei wurden folgende Anträge mit starker Mehrheit angenommen:

„Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausbaus aus. Sie hält eine Reorganisation des Parteivorstandes insofern für notwendig, daß die Zahl der besoldeten Sekretäre vermehrt und eine Ressortteilung im Sinne des Vorschlags des Genossen Dittmann vorgenommen wird. Gleichzeitig ist die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes herabzusetzen, daß die Mehrheit des Parteivorstandes bildet. Die Organisationen, denen die unbesoldeten Mitglieder zu entnehmen sind, bestimmt der Parteitag. Neben dem Parteivorstand bleibt die Kontrollkommission bestehen, deren politische Befugnisse zu erweitern sind.“

„Die Parteiversammlung erachtet es als wünschenswert, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in fester Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schuttern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.“

„Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt; jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.“

Die Versammlung beschloß ferner, das Delegationsrecht zum Parteitag voll auszuüben. Die Organisation kann vier Delegierte entsenden. Davon haben die ländlichen Organisationen einen zu entsenden. Die Wahl der Delegierten erfolgt durch Urwahl. Vom Stuttgarter Verein werden folgende Genossen vorgeschlagen und zur Wahl gestellt: Besenmeyer 428 Stimmen, Genossin Pöting 323, Kreisvorsitzender Oster 311, Preuner 243, Heidinger 212. Weitere Stimmen erhielten Genosse Hildenbrand 110, Redakteur Flügel 77, Heymann 68.

Der Errichtung eines Kreissekretariats stimmte die Versammlung gleichfalls mit starker Mehrheit zu.

Der Bericht für die Parteioorganisation des II. Badischen Reichstagswahlkreises Mannheim-Weinheim legt von einer rüstigen Vorwärtsentwicklung Zeugnis ab. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 8229 (einschließlich 886 weibliche) Mitglieder, das ist eine Zunahme von 102%. Die Einnahmen der Kreisliste beliefen sich auf 26 508 M., die der Mitgliedschaft Mannheim auf 27 500 M. Die Parteibuchhaltung steigerte ihren Umsatz auf 24 000 M. Ueber einen günstigen Geschäftsstand weiß auch die „Volkstimme“ zu berichten. Ihre Gesamtauflage beläuft sich annähernd auf 20 000. Die Partei stellt neben dem Mandat für den Reichstag fünf Landtagsabgeordnete und 406 Gemeindevertreter. Unter letzteren befinden sich 31 Gemeinde- bzw. Stadträte (im Vorjahre 18). Von den Bürgerausschussmitgliedern, deren Zahl von 306 auf 374 stieg, sind 309 in der 3. Klasse gewählt, 63 in der 2. und 2 in der 1. Klasse.

Die Wahlkreisversammlung am 11. August nahm u. a. auch Stellung zum deutschen Parteitag. Sie billigte die Einsetzung eines Parteiausbaus nach den Vorschlägen der Kommission. Auch hinsichtlich der Delegation der Reichstagsabgeordneten auf den Parteitag stimmte sie den Vorschlägen der Kommission zu. Ein Antrag auf Zustimmung zu dem Vorschlag Lebebour, betr. die Wahl ehrenamtlicher Mitglieder zum Parteivorstand, fand keine Gegenliebe. Als Mitglied zum Parteiausbau soll für Baden der Genosse Dr. Frank in Vorschlag gebracht werden.

Die Jahreskonferenz des zweiten braunschweigischen Reichstagswahlkreises (Wolfsenbüttel-Helmstedt), die am 11. August in Schöppenstedt abgehalten wurde, erklärte sich nach einem Referat des Genossen Antz über den Chemnitzer Parteitag mit folgenden den Vorschlägen einverstanden:

Die Beiträge sind von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen. Die Frauenbeiträge sollen in bisheriger Höhe belassen werden. — Die Kontrollkommission ist beizubehalten mit weitgehendem politischem Kontrollrecht des Vorstandes. Die gesamte Reichstagsfraktion ist zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigt. Der Parteivorstand ist durch die Wahl von 5—7 unbesoldeten Mitgliedern zu verfahren, die sämtlich auf dem Parteitage zu wählen sind. Der § 19, Abs. 3, des Organisationsstatuts bleibt bestehen. Der vorgeschlagene Parteiausbau ist abzulehnen. — Als Vorsitzender wurde wieder Genosse Schlegel gewählt.

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Mainz-Oppeenheim erklärte sich mit der Schaffung eines Parteiausbaus nach dem Vorschlage der Organisationskommission einverstanden. Sie erwarf von der Heranziehung der Vertrauensmänner aus den verschiedenen Reichsteilen in wichtigen Angelegenheiten eine Förderung der inneren Einheit der Partei. Dagegen lehnte die Kreisversammlung die vorgeschlagene Erhöhung des Mindestbeitrags ab, da sie die Ausbreitung der Organisation auf dem Lande erhöhte Schwierigkeiten bereiten würde. Auch hinsichtlich der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage hält die Kreisversammlung die Beibehaltung des bisherigen Zustandes für das Beste.

Separatismus im Deutschen Reich. Zu dem Artikel vom 25. Juli schreibt uns die Herausgeberin der Zeitschrift „Cesky Vystehovalce“ (Der tschechische Auswanderer): Dem tschechischen Landvolk-Bereinen in Deutschland würde man Unrecht antun, wenn man ihnen ihre Namen „Gus“, „Komenahy“ usw., und ihr völlig unpolitisches Wirken zur Last legen würde. Die Namen haben sie von den Gründern übernommen, die vor Jahrzehnten keine bessere gewußt haben, als eines Humanisten und eines Vorsämpfers für Gewissensfreiheit, und sie zu ändern, war kein Anlaß da. Politisch neutral müssen sie sein, sonst würden sie politisch aufgelöst und die Mitglieder als „lästige Ausländer“ ausgewiesen. Es genügt schon eine ganz verlogene anonyme Anzeige in dieser Richtung, um den Vereinen große Scherereien zu verursachen. Paris oder London passen da nicht zum Vergleich, dort liegen die Verhältnisse eben anders, und auch die Tschechen haben dort neben den bürgerlichen ihre sozialdemokratischen Vereine. Bei allem unpolitischen Charakter teilen sich auch die tschechischen Landvolk-Bereine in Deutschland in mehr bürgerlich-nationale und mehr Arbeiterfortschrittliche, die miteinander in keiner Verbindung sind. Die fortschrittlichen betrachten die Gewerkschaftsmitgliedschaft als die erste Pflicht jedes ansässigen Arbeiters, die durch keine andere aufgehoben werden kann. Sie bringen dem tschechischen Arbeiter im Ausland, was ihm die Gewerkschaft nicht geben kann, nämlich eine gute Bibliothek in der Mutterprache, verschiedene Reden und Zeitchriften der Heimat, Bildungsurse und Vorträge auch zum Erlernen der deutschen Sprache, Geselligkeit in guten Formen und Unterstützung im Sterbefall, auf der Reise usw. Ihre Tätigkeit kann sie also mit niemandem, am wenigsten mit den reichsdeutschen Gewerkschaften in Konflikt bringen, und sie würde eher die Unterstützung verdienen. Doch ihr letzter Kongress in Prag 1911 den Beschluß gefaßt hat, daß die mit der Schreibweise der tschechischen Hochblätter Wiener Richtung nicht zufriedenen reichsdeutschen Gewerkschaftsmitglieder keine anderen Reichsdeutschen zuziehen sollen als anstatt des tschechischen einfach das reichsdeutsche Gewerkschaftsorgan zu verlangen, dürfte schließlich als Nationalismus erklärt werden können. Die tschechischen Arbeiter in Deutschland betrachten den Streit über das in Oesterreich mögliche Maß des Zentralismus als eine interne Sache der österreichischen Arbeiter und sind und wollen eifrige Mitglieder der reichsdeutschen Gewerkschaften bleiben, wenn sie auch überzeugt sind, daß man den Intentionen der tschechischen Arbeiter in Oesterreich bitteres Unrecht durch die von ihnen aus geführte Berichterstattung in reichsdeutschen Blättern antue.“

Soziales.

Die Berufsgenossenschaften gegen Ärzte einer öffentlichen Anstalt.

Der Bauarbeiter Gustav W. erlitt zwei Unfälle. Der erste Unfall ereignete sich am 10. September 1900 dadurch, daß W. auf einem Ausbau mit dem Kopf gegen einen Stoppentrichter lief. W. war benommen, Brechreiz stellte sich ein. Kurze Zeit danach, am 1. November 1900, zog sich W. den zweiten Unfall zu, indem ihm beim Transport eines eisernen Trägers, derselbe auf den linken Fuß fiel. W. schlug zu Boden und war bewußlos. Ein schweres Rückenleiden stellte sich ein, auf Grund dessen er zunächst in der Königl. Charité behandelt, dann in der Jrenanstalt Dalldorf aufgenommen werden mußte.

Der Anspruch, W. aus beiden Unfällen zu entschädigen, wurde von der Norddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft S. I. abgelehnt, weil das Rückenleiden nicht Unfallfolge sei. Gegen beide ablehnenden Bescheide der Berufsgenossenschaft wurde Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung, Stadtkreis Berlin, eingelegt. Es wurde ein Gutachten von den Ärzten der Anstalt Dalldorf eingeholt. Dasselbe war für den Anspruch des W. günstig. Der beauftragte Arzt kam zu dem Ergebnis, daß der Unfall am 10. September 1900 eine latente Schädigung hervorgerufen haben könnte, die durch den Unfall vom 1. November 1900 zur vollen Wirkung kam. Da W. anscheinend in der Zeit zwischen beiden Unfällen gearbeitet habe, so neigt die Wahrscheinlichkeit mehr dahin, im zweiten Unfall die Ursache der jetzigen Erkrankung zu sehen. Die Geisteskrankheit sei mit großer Wahrscheinlichkeit auf die gemeldeten Unfälle, vermutlich auf den zweiten, zurückzuführen. Das Schiedsgericht verurteilte daraufhin die Genossenschaft zur Zahlung der Vorkasse aus den Folgen des zweiten Unfalls, wies jedoch die Berufung gegen den ablehnenden Bescheid wegen des ersten Unfalls zurück. Die Ehefrau des W. legte als seine Pflögerin gegen die letzte Entscheidung, die Genossenschaft gegen die erste Entscheidung Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein.

Die Berufsgenossenschaft meinte in ihrem Rekurs, die vier Ärzte, die den W. vor seiner Aufnahme in die Anstalt behandelt hatten, hätten ohne Kenntnis des wirklichen Tatbestandes ihre Gutachten abgegeben und die später von dritter (1) Seite gemachte Darstellung des Falles benutzt. Wörtlich sagt dann die Genossenschaft:

„Es liegt hier einer der öfteren Fälle vor, in welchem wir die Gutachten der Jrenärzte bekämpfen müssen. Wir können auch das Obergutachten der Jrenanstalt Dalldorf nicht als ausschlaggebend erachten, weil wir, da es sich in letzter Linie darum handelt, ob wir oder die Stadt Berlin für den Unterhalt des Verletzten einzustehen haben, die Ärzte der städtischen Anstalt nicht als Obergutachter anerkennen.“

Das Reichs-Versicherungsamt holte von dem Geh. Med.-Rat Dr. L. ein weiteres Gutachten ein. Dieser kam zu demselben Ergebnis wie die Anstaltsärzte in Dalldorf.

Der Rekurs der Genossenschaft wurde daraufhin zurückgewiesen. In den Entscheidungsgründen sagt das Reichs-Versicherungsamt: „Die Frage, ob das Gehirnleiden des Klägers mit dem Unfall vom 1. November 1900 im ursächlichen Zusammenhang steht, ist im wesentlichen eine medizinische. Nachdem nun auch der vom R. V. A. gehörte Gutachter, der ein auf dem Gebiete der Gehirn-erkrankungen besonders erfahrener Arzt ist, erklärt hat, daß die überwiegende Wahrscheinlichkeit für einen derartigen Zusammenhang spricht, mußte der Rekurs als unbegründet zurückgewiesen werden.“

Die Berufsgenossenschaft erhob in diesem Falle den schweren Vorwurf der Befangenheit gegen die Ärzte der Stadt Berlin, dieselbe Genossenschaft, die selbst eine Anzahl Vertrauensärzte angestellt hat und nun von den Verletzten erwartet, daß dieselben diese Ärzte als unparteiisch ansehen sollen. Wenn Ärzte wegen Befangenheit abzulehnen sind, dann könnten es doch nur die Ärzte der Genossenschaft sein. Denn diese Ärzte erhalten ihre Vergütung von der Genossenschaft, die Partei im Prozeß und an möglichst niedrigem Rentenstand interessiert ist. Das trifft aber auf keinen Fall auf die Ärzte einer öffentlichen Anstalt zu, die ohne Interesse am Ausgang der Sache, lediglich auf Grund der Wissenschaft ihre Gutachten abgeben. Die von der Genossenschaft betriebene Ablehnung kommt der Behauptung gleich: Recht darf nur sein, was die Genossenschaft oder von ihr bezahlte Ärzte als Recht zu befinden für gut halten. Warum läuft gegen diese Annahme der Leipziger Arztverband nicht Sturm?

Die gefüllte Kompottschüssel eines Staatsarbeiters.

Im „Sprechsaal“ eines Königsberger bürgerlichen Organs wird darauf hingewiesen, daß auch unter den Königsberger Veteranen viel Elend herrscht. Es wird dann folgendes mitgeteilt:

„Es gilt dieses in erster Linie von dem Kriegsveteranen Rudolf Behrend, Vorderer Vorstadt 68, Hof. Dieser hat den Krieg von 1870/71 mitgemacht und darauf 37 Jahre in der Königslichen Eisenbahnwerkstätte als Maschinenschlosser gearbeitet. Die „Vorberren“, die er geerntet hat, sind folgende. Behrend war Mitglied der Werkstatt-Pensionskasse. Hieraus bezieht er 36 Mark, dann 10 Mark Ehrenlohn, zusammen 46 Mark monatlich. Davon soll er mit seiner Frau leben, obwohl er schon seit drei Jahren ganz hilflos zu Bett liegt und seine Frau auch krank ist, so daß jeder Verdienst ganz ausgeschloffen ist. Wohlhabende Verwandte sind auch nicht da, der einzige Sohn ist ein Krüppel und befindet sich im Armenhause.“

So steht die „gefüllte Kompottschüssel“ und die „geficherte Ertzung“ dieses Staatsarbeiters bis ins hohe Alter aus. Wie oft rühmt man „die umfassende Fürsorge“ des Staates für „seiner Arbeiter. Hier sieht man so recht, wie weit die geht. 36 Mark monatlich gibt man dem alten Manne aus der Pensionsklasse, in die er viele Jahre hindurch seine Beiträge gezahlt hat. Da versucht man die Arbeiter und Handwerker in den Eisenbahnbetrieben um ihr Koalitionsrecht zu bringen, man verfolgt sie, entläßt sie, wenn sie sich mit ihren Klassengenossen zusammenschließen, um sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Und die Führer der „geduldeten“ „staats-treuen“ Verbände haben dagegen nichts einzuwenden. Sie finden dieses Maßregelungs- und Unterdrückungssystem in der Ordnung. Ja, sie begehnen sogar das Verbrechen an den Eisenbahnern, ihnen einzureden, sie wären für ihre alten Tage „versorgt“.

Genau so steht es mit dem Elend der Veteranen. Da wimmern jetzt die Organe der bürgerlichen Parteien darüber, daß von Woche zu Woche Fälle von Verelendung von Veteranen registriert werden müssen. Wer hat denn die sozialdemokratischen Anträge auf hinreichende Fürsorge für Veteranen abgelehnt? Von 1895 bis in die letzte Session hinein — die bürgerlichen Parteien. Haben sie es doch längst fertig gebracht, den Großrentnern eine neue Liebesgabe in Höhe von 16 Millionen zuzuwenden und es abzulehnen, diese 16 Millionen für die Veteranen des Krieges und der Arbeit zu verwenden.

§ 63 S.-G.-B.

Herr Alfred Baum, Inhaber der Firma A. F. Herm. Baum Sohn, ersucht und unter Bezugnahme auf die Notiz vom 1. d. M. um Aufnahme folgender Zeilen:

„1. Das Urteil ist entgegen Ihrer Behauptung nicht vollstreckbar, sondern die Zwangsvollstreckung ist gegen Hinterlegung von

100 M. (90 M. Objekt und 10 M. Kosten) abzugeben. Der Betrag ist durch meine Rechtsanwältin Dr. Freundlich und Feiertag bei der in Betracht kommenden Kasse hinterlegt worden.“

2. Ich vermahne mich mit aller Entschiedenheit gegen die von Ihnen aufgestellte Behauptung, daß ich die Wiederlage aus dem Grunde angestrengt habe, um das Urteil berufungsfähig zu machen. Es wird mir niemand verdenken können, daß ich einen Schadensersatz beantrage, wenn jemand böswillig, ohne trant zu sein, nur weil ihm gekündigt wurde, aus dem Geschäft wegbleibt.

Die Anzeigen, daß in diesem Falle das Fehlen ohne Krankheit statthand, waren vorhanden, und wenn sich im Laufe des Prozesses das Gegenteil herausstellen sollte, so fällt naturgemäß mein Anspruch.

3. Bezüglich Ihrer Bemerkung, Sie hätten diesen ganzen Artikel nur gebracht um zu zeigen, daß in meinen Verträgen die Rechte aus § 63 S.-G.-B. ausgeschloffen werden, bemerke ich, daß ich von diesem Recht nur in den Fällen Gebrauch machte, wo der Verdacht der Simulation dringend vorliegt. In den weitaus meisten Fällen zahlte ich bei unverschuldetem Unglück das Gehalt trotz der gegenständlichen Abmachung aus; wo es nötig ist nicht nur auf die Dauer von 6 Wochen, sondern wie es bereits geschehen ist, auf die Dauer von drei Monaten.“

Herrn Baum ist immer noch nicht klar, weshalb der Ausschluß des § 63 S.-G.-B. durch Vertrag unsozial ist, und doch beständig gerade seine Darlegung, daß die übrigen unseres Erachtens ungünstige Vertragsabrede unbillig ist. Er selbst gibt das durch seine Behauptung zu, er wende sie nur in Fällen an, wo der Verdacht einer Simulation vorliegt. Aber in den Fällen, wo Krankheit vorgeläufig wird, findet ja die Vorschrift des § 63 gar keine Anwendung. Freilich müßte der Geschäftsinhaber die Simulation beweisen. Den § 63 ausschließen heißt — abgesehen von der Frage der Zulässigkeit des Ausschusses — die Annahme aussprechen, daß der Arbeiter in der Regel simuliere und die Gefahr, die sich aus der Schwierigkeit des Nachweises der Simulation in einem Einzelfall ergibt, auf die nicht simulierenden Arbeiter abwälzen. Das ist äußerst unsozial.

20 Pf. täglich reicht für eine Arbeiterin aus.

So ist auf Grund der famosen Reichsversicherungsordnung vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Duppeln wiederum entschieden. Das Gericht hat den Anspruch einer 66 Jahre alten Arbeiterin auf Invalidenrente abgewiesen, weil sie nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Invalidenrente hat, wenn sie noch $\frac{1}{2}$ dessen verdienen kann, was in jener Gegend ähnliche Arbeiterinnen durchschnittlich verdienen, aber noch 100 Mark jährlich verdienen.

Ein Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde hatte die Klägerin, eine 66 Jahre alte Arbeiterin J., als fast völlig erwerbsunfähig bezeichnet. Die alte, an Alterserscheinungen und einem Leistenbrüche leidende Frau konnte fast gar keine Arbeiten mehr verrichten oder doch nur ganz leichte, und diese auch nur mit Unterbrechungen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlefien lehnte jedoch die Bewilligung einer Invalidenrente ab, da Frau J. noch imstande sei, 100 Mark jährlich zu verdienen. Das angerufene Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Regierungsrat, zwei Grundbesitzern, einem Oberheger und einem Bierbrenner, bestätigte die Entscheidung. Die Tatsache, daß die Alterserscheinungen der Antragstellerin sehr hartnäckig sind und daß sie außer an dem Leistenbrüche auch an Reizen in der linken Körperseite und an Zittern am ganzen Körper leidet, wurde dahin gewürdigt, daß die Frau J. nach dem Gutachten des königlichen Kreisarztes „trotz dieser Leiden noch nicht erwerbsunfähig sei im Sinne des Gesetzes“. Das Schiedsgericht habe sich diesem einwandfreien Gutachten angeschlossen und damit entgegen der Ansicht der unteren Verwaltungsbehörde für festgestellt erachtet, daß die „Klägerin trotz ihres vorgerückten Alters und ihres mehrfachen Leidens immer noch imstande ist, durch Verrichtung allerhand leichter und mittelschwerer Arbeit ihre nur 100 M. betragende Mindestgrenze zu erreichen“. Invalidität im Sinne des Gesetzes liege daher nicht vor. Der Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente sei danach für heute noch unbegründet.

Der ortsübliche Tagelohn in den ländlichen Kreisen des Regierungsbezirk Duppeln beträgt 1 M. für erwachsene wirkliche Arbeiter. In vielen Kreisen beträgt der durchschnittliche Jahresverdienst noch unter 300 M., in Wärtalde gar nur 200, in Löbau i. Westpr. nur 180 M. Kann dort eine Arbeiterin noch 60 M. jährlich verdienen, wenn sie Arbeit hätte, so gilt sie nicht als invalide im Sinne des Gesetzes. Und solch' Hohn auf das Recht des Arbeiters, dem man Woche für Woche eine direkte Reichseinkommensteuer abgedrückt hat, wagt man als „soziale“ Gesetzgebung auszusprechen.

Aus aller Welt.

Die Erdbebenkatastrophe in der Türkei.

1000 Tote — 3000 Verwundete.

Die verschiedenen Erdbeben, die in den letzten Tagen die Türkei, am schwersten das Darbanellengebiet heimgesucht haben, lassen sich erst jetzt in ihrer zerstörenden Wirkung einigermaßen überblicken. Die Katastrophe hat nach neueren Informationen gegen 1000 Tote gefordert, während die Zahl der durch Hauseinstürze Verletzten auf 3000 berechnet wird. Viele Tausende sind ohne Obdach und müssen unter den dürftigsten Verhältnissen im Freien kampieren. Durch große Feuersbrünste wurde in verschiedenen Ortschaften das Werk der Zerstörung vollendet.

Wie ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, bestätigt der Minister des Innern, daß die Stadt Nhyrophito und mehrere Ortschaften, darunter Ganos, Chora und Platanos, vollständig durch Feuersbrunst und Erdbeben zerstört wurden. Zahlreiche Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. In Adrianopel wurden 20 Moscheen sowie mehrere Häuser und Türme beschädigt, doch sind keine Menschen ums Leben gekommen. In Eule Bourgas wurden zwei Personen getötet. Die Thermalquellen bei Dedeagatsch sind versiegt. Der durch den Brand in Tchorlu angerichtete Schaden wird auf $\frac{1}{2}$ Million Frank geschätzt. In dem am Marmarameer gelegenen Städtchen Periferi wurden 200 Häuser durch Feuer zerstört, wobei 70 Personen getötet und 150 verwundet wurden. Die übrigen Häuser sind eingestürzt. Die Erdbebenstrecke erstreckte sich bis Ismid und Balikesiri in Anatolien.

Die Nachrichten, die durch die Erdbebenkatastrophe verursacht worden sind, laufen in Konstantinopel spärlich ein. Sämtliche Drahtverbindungen sind abgeschnitten, und man ist vorläufig lediglich auf die Berichte der aus dem Marmarameer hier eintreffenden Schiffskapitäne angewiesen, deren Schilderungen den ungeheuren Umfang der Katastrophe, von der eine große Reihe von Ortschaften betroffen worden sind, aber bereits erkennen lassen. Die Dampfer bringen immer noch eine große Anzahl von Verwundeten.

Wie Augenzeugen bestätigen, hat das Erdbeben das Darbanellengebiet schwer heimgesucht. Viele Häuser sind eingestürzt, darunter das Haus des persischen Konsuls, sowie zwei angrenzende Gebäude, in deren einem das österreichisch-ungarische Konsulat seinen Sitz hat. Die Moschee, die griechische Kirche sowie das englische Konsulat wurden beschädigt. Die Mauern und Fassaden der am Meere gelegenen Häuser wurden weggerissen. Längs des Kais, zwischen dem österreichischen und dem englischen Konsulat, wies der Boden große Risse auf. Der Kai ist an mehreren Stellen vom kochenden Wasser überflutet, welches auch die Spalten füllt. Sämtliche Straßen sind mit Trümmern bedeckt. Viele Personen wurden getötet. Auch die Landhäuser wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Stadt Gallipoli wurde noch mehr heimgesucht. Die Bevölkerung kampiert im Freien. Ganos und mehrere andere Orte an der Küste des Marmarameeres wurden durch Erdstöße in Trümmer gelegt. Eine Hülfs-Expedition ist dorthin abgegangen. Ueber das Schicksal Rodostos fehlen nähere Nachrichten. Verletzte, die in Konstantinopel eingetroffen sind, erzählen erschütternde Einzelheiten über die Erdbebenkatastrophe in Nhyrophito, Ganos, Chora und Periferi.

Ein schrecklicher Unfall.

Auf schreckliche Weise ist ein junger Landarbeiter in Domaso in Oberitalien schwer verunglückt. Bei dem Versuch, das von dem reisenden Gebirgsbach Livo heruntergeschwemmte Holz zu bergen, setzte er einen Fuß auf einen Felsblock, der durch den Anprall des Wassers umgerissen wurde. Auf diese Weise wurde der Unglückliche zwischen zwei Felsblöcken eingeklemmt, wobei der Anprall des Wassers die beiden Blöcke immer näher rückt, so daß der Mann aus mehreren Wunden blutete. Er rief verzweifelt um Hilfe, wobei er beständig Anstrengungen machen mußte, um den Kopf über Wasser zu halten. Als Hilfe zur Stelle war, stellte sich heraus, daß man ohne eine Hebelvorrichtung den Mann nicht befreien konnte. Da er inzwischen ganz von Kräften war, mußten zwei Männer seinen Kopf über Wasser halten. Neun Stunden nach dem Unfall gelang es endlich, den einen Felsblock zu entfernen. Der Verwundete ist ins Krankenhaus gebracht worden, wo ihm das Bein amputiert wurde. Die Ärzte erklärten seinen Zustand für hoffnungslos.

Explosion im Eisenbahnzuge.

Infolge einer Gasexplosion in einem Eisenbahnwagen sind sechs Arbeiter, die damit beschäftigt waren, die Gasapparate in den Wagen der London und Nordwesten Eisenbahngesellschaft auf der Station Manchester zu prüfen, schwer verletzt worden. Ein weiterer junger Arbeiter, der in der Nähe stand, wurde durch herumfliegende Eisenteile getroffen und ebenfalls schwer verletzt. Durch den bei der Explosion erzeugten Luftdruck wurden sämtliche Fenster und Türen des Zuges zertrümmert. Der Materialschaden ist bedeutend.

Verhaftete Banknotenfälscher.

In Paris wurde am Sonntag ein gewisser Robert Demontal und seine Geliebte unter der Beschuldigung verhaftet, falsche Hundert-Rubelnoten angefertigt zu haben. Die Zahl der in den Verkehr gebrachten falschen Scheine ist so beträchtlich, daß nicht weniger als siebzig Personen wegen ihrer Ausgabe in Rußland verhaftet worden sind. Die russische Regierung hat der Fälschung wegen sogar die Zeichnung der Banknoten ändern müssen.

Bombenanschlag auf ein Postamt.

Im österreichischen Postamt in Saloniki explodierte am Sonnabendabend eine Höllemaschine, die von unbekanntem Täter eingeschmuggelt war. Das Lokal wurde stark beschädigt und die Einrichtung zerstört, die Postkassen sind aber gerettet. Zwei Beamte wurden leicht verletzt. Der österreichische Generalkonsul ersuchte sofort und beantragte, daß der Betrieb des Postamts weitergehe. Von den Behörden sind Schutzmaßnahmen ergriffen; die Straßen sind militärisch besetzt und eine Untersuchung ist eingeleitet worden. — Eine zweite Bombe plägte in einem Straßenbahnwagen der leer in die Remise einzufahren.

Ein Boxkampf mit tödlichem Ausgang.

Wie aus Osteuropa gemeldet wird, hatte ein am Sonnabendabend im dortigen Stala-Theater stattgefundenen Boxkampf zwischen dem Belgier Tolly und dem Franzosen Jules Rudel für den letzteren einen tödlichen Ausgang. Der Kampf war äußerst heftig. Der Franzose erhielt einen starken Schlag gegen die Brust und dann gegen das linke Auge, so daß er zu Boden fiel. Der Kampfrichter erklärte ihn für kampfunfähig. Rudel konnte sich zwar noch selbst erheben, die Ärzte bescheinigten seinen Zustand aber als besorgniserregend und ordneten seine Ueberführung in ein Hospital an. Auf dem Wege dorthin verlor er das Bewußtsein. Noch an dem gleichen Abend ist er gestorben. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Kleine Notizen.

Schweres Bootsunglück auf dem Schweriner See. Am Montagabend kenterte bei böigem Winde auf dem Schweriner See in der Nähe von Nautsdamin ein mit sechs Personen besetztes Segelboot, das von dem Chorsänger Wätlinger geführt wurde. Ertrunken sind fünf Personen. — Eine zweite Bootsatastrophe hat sich am Sonntagabend auf der Flensburger Börde zugetragen. Infolge einer heftigen Welle kenterte ein mit vier Personen besetztes Segelboot. Drei Männer sind ertrunken, ein zwölfjähriger Knabe wurde gerettet.

Einbruch eines Hauses in Kiew. Durch einen außerordentlich heftigen Gewitterregen ist in Kiew ein Wohnhaus, dessen Grundmauern unterwoschen wurden, eingestürzt. Dabei wurden fünf Personen getötet, sieben schwer verletzt.

Nur ein Jude! Das Kriegsgericht in Kiew beurteilte den Obersten Wlameder, der in einem Varietö in betrunkenem Zustande einen jüdischen Musiker erschlagen hatte, zu vier Monaten Festungshaft. Hätte der Musiker den Obersten erschlagen, wäre er natürlich gehängt worden.

Brückeneinsturz auf der Wolga. Ein Sturmwind warf den letzten Brückenbogen der Brücke, die bei Jaroslaw über die Wolga gebaut wird, um. Zwei Mann wurden getötet und zwei verwundet.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.
Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der
Balkenmeister
Wilhelm Schleusener
Heisterstr. 74
verstorben ist und bereit zur
letzten Ruhe bestattet wurde.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Oskar Wauburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch elast. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Anderungen sofort.
Gehrofanzüge verleiht, auch
Monatsgarderobe Landbergerstr. 91a,
eine Treppe. 27966*

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim. Bezirk Weißensee.
Am Sonntag, den 11. August, verstarb unser Mitglied, die Genossin **Elisabeth Karbstein** im 47. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 14. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Köpckestraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
18/11 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Otto Weber** am 8. d. M. infolge eines Unfalls verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Waggelheimer Straße 18 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
202/17 Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl. Filiale Groß-Berlin.
Am Freitag, den 9. August, verstarb unser Mitglied, der Kollege **Albert Brüning** (Bezirk Herzfelde) im Alter von 31 Jahren an Darmtuberkulose.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhofe in Herzfelde statt.
193/1 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders **Georg Ewert** sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
Karl Ewert nebst Frau und Kindern.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeits-tätiger **Friedrich Frenzel** am 10. d. Mts. im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuföhner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autofahrer **Fritz Lüdtker** am 10. d. Mts. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
66/1 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler **Max Einfuhr** am 10. August an Nierenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, vom Kummelsburger Krankenhaus aus nach dem Gemeinde-Friedhof in Kummelsburg statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Hedergott** Hermsdorfer Str. 8 am 10. August an Nagenleiden.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzenallee aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erachtet
122/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler **Max Einfuhr** am 10. August an Nierenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, vom Kummelsburger Krankenhaus aus nach dem Gemeinde-Friedhof in Kummelsburg statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Hedergott** Hermsdorfer Str. 8 am 10. August an Nagenleiden.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzenallee aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erachtet
122/8 Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck - Maschinenmeister
Den geehrten Kollegen zur Nachricht, daß am 8. August unser langjähriges Mitglied **Emil Fischer** nach längerem Leiden gestorben ist.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten!
28/6 Der Vorstand.
Die Beerdigung hat bereits in Sommerfeld stattgefunden.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Emil Wuttig** sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Wuttig.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders und Neffen **Fritz Gartzke** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen der R. H. G. unseren herzlichsten Dank.
28115 Die trauernden Hinterbliebenen: Die tiefbetrübten Eltern, Geschwister und Verwandten.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Krankschreiben bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und unseres unvergesslichen, guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie familiären Kollegen der Bierstraße - Genossenschaft, besonders vom Depot 4, Greifswalder Straße, unseren tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Elisabeth Dudek geb. Matke 28105 nebst Kindern.

Von der Reise zurück 3793L
Dr. Silberstein
Neukölln, Berliner Str. 93.

Blumen- und Krautbinderei von Robert Meyer,
Inh.: P. Gollets
nur Mariannen-Straße 2.
Telephon: Moritzplatz 316.

Garbáty
Cigaretten

Königin
von **SABA**

Garantiert Handarbeit

Turmstr. 76 *Warenhaus*
Lachmann u. Scholz
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
doppelte
Rabattmarken.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 13. August 1912.
Boigt. Die Ballettschule. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. D diese Berliner. Anfang 8 Uhr.
Urania. In den Dolomiten. Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurläckeroper. Der Langenwall. Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Hofinen. Schiller - Charlottenburg. Das Konzert.
Thalia. Autolichien.
Herrnfeld. Wie man Männer bestert. Die Original-Klabriaspartie.
Metropol. Schwindelmeier u. Co. Hippo. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Befang. Vergnügungstheater.
Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. Der erlauchte Gatte. Ein wenig Wustl.
Kulturhaus. Ein Königreich m. d. d.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die leuchtende Lampe.
Rose. Die Jüdin von Toledo.
Hofes Caprice. Parfiana-Orchestrale.
Walhalla. Nur nicht drängen. Anfang 8.20 Uhr.
Suisen. Der verflozene Rehdorf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unversämte. Der Herr mit der grünen Kravatte.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten. Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-6.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag u. Mittwoch geschlossen. Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hohe Politik.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Boigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Ballettschule.
Oe. Gefangenskomödie mit Tanz. Raffeneroffen. 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr. Voranzeige! Sonnabend, 17. August: Benefiz für den Ober-Regiment: **Heinrich Bach: Robert und Bertram.**

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Jüdin von Toledo.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Zu! Es ist erreicht! Hr. Rebus.

Metropol-Theater. Schwindelmeier & Comp.
Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei bearb. von R. Freund. Musik von A. Nelson, u. a. Tänze von H. Bishop. In Szene gel. u. Dir. Schulz. Anfang 8 Uhr. Hausen gestatter.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
10 große Attraktionen
mit **Lora,**
dem auf Kommando singenden und sprechenden **Wanderpapagei.**

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)

Hagenbeck's Indien
Tempelhofer Feld
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends
150 Indier.
Macri Soliothi's Löwen- u. Tigergruppe
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Anfang 4 1/2 Uhr.
D, diese Berliner!
Ausstatt. -Bosse von Freund. Musik von Einödshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. x B. A. L. L.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast. Angenehm kühler Aufenthalt. Heute 2 große Vorstellungen 2. Nachmittags und abends: Das sensationelle Eisballett „Yvonne“. Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise. **Restaurant 1. Ranges!** Wein- und Bier-Abteilung.

LUNA PARK
Die Zentrale der Attraktionen Berlins!
U. a. Kongo, kolossale Völkerschau.
Entree 50 Pf. Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei!

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: Varietés u. Theater im herrlichen Naturgarten.
Som. 1. bis 8 Glanznummern und „So leben wir“. Gefangensstücke in 2 Bildern. Tägl. Soffeküche bis 6 Uhr.

Reichshallen-Theater
Freitag, 16. 8.: Wiederbeginn der Vorträge der **Stettiner Sänger.**
Reichshallen-Garten. Mit Berlin u. Saal täglich:
Großes Honigmann-Konzert.

Partei-Angelegenheiten.

Das Ergebnis der Urwahl im 4. Wahlkreis. An der Wahl beteiligten sich 4640 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt: P. Hoffmann (4245 Stimmen) 1. Vorsitzender; E. Brückner (4423) 2. Vorsitzender; Barentzin (2738) 1. Kassierer; Jöschel (2391) 2. Kassierer; Boeych (2419) 1. Schriftführer; Else Bongart (2663) 2. Schriftführerin; Agnes Fahrenwald (3374) Beisitzerin. Zu Revisoren wurden gewählt: Weier (2993), Fischer (3185), Berndt (3062), Jacob-John (3340), Siegle (3089), Tejsche (2822). In den Zentralvorstand wurden gewählt: Davidjohn (2015), Weiersdorf (2558), Burghardt (4292), Fahrenwald (4253), Barentzin (3749), G. Müller (4022), C. Walter (4054).

Erster Wahlkreis. Am Donnerstag, den 15. August, Fortsetzung der Generalsammlung in den Coronasälen. Näheres am Donnerstag im Inzerat. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Fünfte Abteilung. Für die Bezirke 226-228a findet ein gemeinschaftlicher Jahlabend mit einem Vortrag des Genossen Fritz Zubeil bei Perside, Ritterstr. 128, statt. Zweite Abteilung. Für die Bezirke 141a, 142, 143, 144 und 234 findet der gemeinschaftliche Jahlabend im Gewerkschaftshaus, Saal I, statt.

Dritte Abteilung. Der Bezirk 220 hält seinen Jahlabend bei Parisch, Alte Jakobstr. 18, ab.

Johannisthal. Mittwoch, den 14. August, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant Lindenhof (Jugendheim), Friedrichstr. 61. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag: „Die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Referent: Parteisekretär Max Groger. 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralsammlung, einer Beisitzerin und Lesesaablenleiterin. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Alt-Gröden. Mittwoch, den 14. August, findet Jahlabend für den ersten Bezirk beim Genossen Henrich, Grünauer Straße, für den 2. Bezirk bei Genossin Joh. Köpnick, Köpenicker Straße, statt. Für den 3. Bezirk (Ortsteil Falkenberg) findet der Jahlabend Sonnabend, den 17. August beim Genossen Schäfer statt. Der Vorstand.

Erster. Die Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 14. August, im Lokal Degebrodt statt. Die Bezirksleitung.

Rosenthal. (Wilhelmstr.) Wegen Erledigung wichtiger Parteiangelegenheiten wird diesmal der Jahlabend für alle Bezirke gemeinschaftlich bei Milbrodt, Kronprinzenstr. 15, abgehalten. Die Bezirksleitung.

Rosowes. Mittwoch, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schindlerischen Lokal, Wilhelmstr. 41-43, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag über „Der Parteitag in Chemnitz“. 2. Geschäftliches. 3. Wahl von Delegierten zur Kreis- und Verbandsversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Schulspremiere.

Heute morgen sieht Berlin noch langer Pause wieder im Zeichen des Schultornisters. Von allen Seiten drängt das neue Geschlecht den Schulbälken zu. Vor den Portalen und auf den Schulhöfen herrscht ein sonst zur Schulzeit ungewohntes Getriebe. An den Kindern zeigt es sich, was fünf gut ausgenutzte Ferienwochen bewirkt haben. Was im Hause und auf der Straße, in Feld und Wald sich verkrümelte und nicht so sehr auffiel — hier wie in einem Bienenschwarm sieht man es gehäuft: braungebrannte Gesichter, Rachen und Arme, hellere Augen, fröhlichere Mienen, straffere, elastischere Haltung. Wohl klingt im volkszugehörigen Jungdeutschland noch überall zu eine leise Saite des Unbehagens an, daß nun die schönen Tage von Kranjuez vorüber sind, aber allen, denen es vergönnt war, wirkliche Ferien zu genießen, leuchtet doch die lachende Freude aus dem Antlitz. Und des „Schwabbelns“, ehe des Schuldienstes gleichgestellte Uhr schlägt, ist kein Ende. Nach allen Windrichtungen hin war ja die jugendliche Schar wochenlang auseinandergerissen. Die Glücklichen entführte der Ferienszauber nach der rauschenden, braufenden Nord- und Ostsee, nach den himmelstrebenden deutschen Mittelgebirgen oder in köstliches, wald- und seenreiches Flachland. Zehntausende erzählen begeistert von den Herrlichkeiten indianerartigen Lagerlebens auf den Ferienspielflächen, — und abseits, stumm und still, mit tapfer niedergekämpftem Weh im kleinen Herzen, stehen andere Tausende, denen selbst die Freude des ungebundenen täglichen Naturgenusses in der Umgebung des Steinkolosses an der Spree durch die Ungunst sozialer Gläubigkeitsverhältnisse verjagt blieb. Greift nur hinein mit forschernder, fortierender Hand in dieses volle junge Menschenleben, und ihr kommt mit Leichtigkeit herausfinden, wie unendlich viel noch zu tun bleibt auf dem dankbaren Felde der Kindeswohlfahrt während der Sommerferien! Hastig, wie aus dem Sommertraum erwacht, schritt zum ersten Male wieder die Schulglocke. Silends stieben die plaudernden Gruppen auseinander, trippeln und springen die Stufen zum modernen „Nürnberger Trichter“ hinauf. Der Herr Lehrer und das Fräulein, selbst noch schwärmend von der Sommerreise, drücken heute alle beide Augen zu. Der Ferienpud wirkt nach. Die kleinen Brauseköpfe wollen sich erst langsam wieder gewöhnen an die Jucht der Schulstube, an das große und kleine Einmaleins, an den gefürchteten „gelben Onkel“, der immer noch das Sifsequisit von Pseudopädagogen ist.

Wieder ein Rechtsanwalt verschwunden. Seit einigen Tagen ist der Rechtsanwalt Paul Dredereck, der sein Bureau und seine Wohnung im Hause Friedrichstr. 169 hatte, aus Berlin verschwunden. Es wird hierüber berichtet: Dredereck war wiederholt Verteidiger in interessanten Kriminalprozessen. Seit vorigen Donnerstag ist Dredereck verschwunden, ohne daß über sein Verbleiben etwas bekannt geworden wäre. Er erklärte, daß er verreisen müsse, aber höchstens am Sonnabend wieder zurück sein werde. Ueber den Grund der Reise schwieg er sich aus. Ueberhaupt war er in der letzten Zeit seinen Kollegen, insbesondere seinem Sozialis Rechtsanwalt Dr. Lips gegenüber, gegen seine sonstige Gewohnheit verschlossen. Gestern vormittag erschien im Bureau Drederecks ein Gerichtsvollzieher und pfändete die vorhandenen Möbel im Auftrag eines der zahlreichen Gläubiger, der einen Wechsel Drederecks in Höhe von 9000 M. vergeblich einzutreiben versucht hatte. Wie sein älterer Kollege, der verstorbene Justizrat Paul Michaelis, hatte auch Dredereck eine verhängnisvolle Spielidenschaft, der er insbesondere auf Rennplätzen huldigte. Oft setzte Dredereck auf ein einzelnes Pferd mehr als 10.000 M. In seinen zahlreichen Gläubigern gehören neben vielen Buchmachern Inhaber von Weinstuben und Bars. Ansehen erregte es kürzlich, daß Dredereck

sich die Belohnung von 4000 M., die von der American Express Company auf die Ergreifung ihres Kassenboten Gasse und die Wiederherbeischaffung der von ihm unterschlagenen Gelder ausgesetzt waren, auszahlen ließ und von dieser Summe 2000 M. der Mutter Gasse zur Verfügung stellte, während er die anderen 2000 M. als Honorar für seine Anwaltsstätigkeit beanspruchte. Vor der Auszahlung an die Mutter spielte sich ein Vorgang ab, der erst jetzt bekannt wird. Der Anwalt sandte nämlich einen Vertrauensmann zur American Express Company mit der Erklärung, es seien ihm Bedenken darüber aufgefallen, ob es angebracht sei, der Mutter des Verstanten die Belohnung auszugeben; die Bank möchte ihm doch einen Brief schreiben, worin sie sich dahin ausspreche, daß sie die Zahlung an Frau Gasse bestände und für unmoralisch erkläre. Die Bank antwortete jedoch, sie könne diesen Standpunkt nicht einnehmen, empfehle aber Herrn Dredereck in Rücksicht auf seine moralischen Bedenken entweder ihr, der Bank, das Geld wiederzugeben oder es einstuweilig zu deponieren. Auf diese Antwort war der Anwalt nicht gefast gewesen. Wie hoch sich die Schuldenlast Drederecks beläuft, ist noch nicht festgestellt; man spricht von fast einer halben Million. Im übrigen soll noch geprüft werden, ob die Dredereck übergebenen Depots noch intakt sind.

Neben den zahlreichen Gläubigern des verschwundenen Rechtsanwalts trauern auch die Berliner Antisemiten um ihren politischen Führer. Nachdem Dredereck bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 als konservativ-antisemitischer Kandidat im dritten Berliner Kreis debütiert hatte, wollte er bei den letzten Wahlen als konservativer Kandidat den Kreis Ober-Barnim für seine Gesinnungsgenossen erobern. In den antisemitischen Versammlungen war Dredereck eine Leuchte der tüpeltrosten Agitationsweise. Durch Verleumdung und persönliche Beschimpfung der politischen Gegner, vor allem der Sozialdemokraten, errang er sich den Beifall seiner gleichgestimmten Zuhörer.

Ein deutscher Prinz ist zu verkaufen. In der „Vossischen Ztg.“ lesen wir folgende Annonce: „Für deutschen Prinzen, Ende zwanzig, suche ich Dame sofortiger Heirat. Damen, auch bürgerlich, event. Jüdin, wollen sich unter genauer Angabe der Vermögensverhältnisse melden. Photographie erwünscht.“ Das wird mal ein nettes bürgerliches Weibchen sein, das sich durchschlagen wird.

Ueber die Dauer der Ferngespräche sind neue Bestimmungen in die Anweisung für die Fernsprechkämter aufgenommen worden. Die „Arztzeitung“ teilt daraus das Wichtigste mit. Die Einheitsdauer einer Verbindung im Fernverkehr sowie einer Verbindung gegen Gesprächsgebühr im Bezirks- und Vorortverkehr beträgt bekanntlich 3 Minuten. Die Ausdehnung auf 6 Minuten ist stets zulässig, aber nicht auf Zeiträume, die durch Nacht-Abkommensgespräche besetzt sind. Ueber 6 Minuten darf ein Gespräch dann ausgedehnt werden, wenn keine andere Gesprächsanmeldung vorliegt. Wenn gewöhnliche, nicht dringende Inlandsgespräche bei den Anstalten der Orte, zwischen denen ein Gespräch im Gange ist, oder bei Durchgangsanstalten angemeldet sind, so darf das im Gange befindliche Gespräch über 6 Minuten an Werktagen in den Stunden von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags gegen die Gebühr für dringende Gespräche ausgedehnt werden. Die Zwischen- und die Durchgangsanstalten dürfen aber die Benützung der Leitung ihrerseits beanspruchen, wenn ihre Gespräche eine halbe Stunde früher angemeldet sind. An Werktagen vor 9 Uhr vormittags und nach 7 Uhr nachmittags sowie an Sonn- und Feiertagen außer von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags können sie bis zu 30 Minuten ausgedehnt werden. Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr kann kein Gespräch über 6 Minuten ausgedehnt werden, auch nicht gegen die Gebühr für dringende Gespräche.

Von einem ausstehenden Vorgang, der sich am Donnerstag voriger Woche im Krankenhaus der jüdischen Gemeinde, Auguststr. 14/16, zugetragen haben soll, wird uns folgendes mitgeteilt. Der Kaufmann Jozel Margolis aus Bialostok in Rußland war vor etwa drei Monaten nach Berlin gekommen und hatte sich zur Heilung einer schon öfters wiederholten Zuckerkrankheit in das jüdische Krankenhaus begeben. Die eine Behe des linken Fußes war vom Brand befallen, die Ärzte glaubten aber, ohne operativen Eingriff die Heilung herbeiführen zu können. Diese dem Kranken gemachte Hoffnung wurde noch achtwöchiger Kur jah vernichtet. Es genügte jetzt nicht mehr, daß die Behe entfernt wurde, sondern es mußte der ganze Fuß amputiert werden, sollte der Patient am Leben bleiben. Der Unglückliche unterwarf sich der Operation. Fünf Wochen verblieb er dann noch zur Heilung der Wunde im Krankenhaus und sollte nun am vergangenen Donnerstag entlassen werden. Am Vormittag desselben Tages bemerkte aber der stellvertretende Oberarzt, Professor Karelitz, daß das dem Patienten verordnete künstliche Bein nicht paßte und ihm Schmerzen verursachte. Er ordnete deshalb an, daß ein anderes Bein angefertigt werden solle. Nachmittags um 4 Uhr erschien jedoch an dem Bett des Kranken der Inspektor Meher und verkündete jenem, daß er entlassen sei. Der Kranke verwies darauf, daß er sich doch ohne das künstliche Bein nicht fortbewegen könne, und da er auch annahm, daß ihm ein weiteres Verbleiben nicht mehr gestattet werde, weil er für die letzten zehn Tage noch die Kurkosten schulde, bat er, ihn doch wenigstens noch bis zum Sonnabend dort zu lassen, da er bis dahin Geld erhalten würde. Der Inspektor ließ sich aber auf nichts ein, sondern sagte: Wenn Sie bis 10 Uhr nicht angezogen sind, werden Sie durch die Polizei hinausgebracht.“ Nach einiger Zeit lehnte er mit zwei Pflegern zurück und wollte den Kranken gewaltsam anstreifen lassen. Dieser setzte sich aber zur Wehr und fing an zu schreien. Die übrigen Patienten, worunter sich auch zwei Kinder befanden, liefen schreiend aus dem Zimmer und stießen empörte Rufe aus. Einer von ihnen erbot sich, die Kosten bis zum Sonnabend auszulösen, doch erwiderte ihm Inspektor Meher, die Sache gehe ihn nichts an. Da die drei Mann mit dem Krüppel nichts anzufangen wußten, gingen sie weg. Nach einer Viertelstunde kamen sie zurück in Begleitung des Assistenzarztes Dr. Cobliner und des Inspektors Zindermann. Diese packten nun den Patienten je an einen Arm, während Inspektor Meher ihn am Hals ergriff. So wurde der Wehklauer auf's Bett geworfen und dann von den Pflegern angeleitet. Mittels Krankenstuhls wurde er nun auf den Hof hinaus befördert und von dort in eine herbeigeholte Droschke. Diese brachte ihn nach dem Pensionat, wo die Frau des Unglücklichen wohnt; letztere war über die plötzliche Ankunft ihres Gatten sehr erschrocken. Durch die ausgehende Aufregung des Kranken hat sich die Wunde wieder verschlimmert. Welcher Grund die in Frage kommenden Personen leitete, mit dem Patienten so zu verfahren, darüber wird die Verwaltung des jüdischen Krankenhauses Aufklärung geben müssen. Sollte aber, wie aus einer Mitteilung des Inspektors Meher zu entnehmen ist, die Tatsache ausdiesbezüglichen gewesen sein, daß für die letzte Zeit nicht die Kurkosten eingezahlt worden sind, so muß man die unhumane Stellungnahme der Krankenhausverwaltung um so mehr bedauern, als diese gar keinen Anlaß hatte, eine Geldeinbuße zu erleiden. Der Kranke ist zwar infolge gesundheitlicher Verluste zurzeit fast gänzlich mittellos, er besitzt aber in Verlust mehrere Geschäftsfreunde, die im Notfall wohl für ihn eingetreten wären.

Von dem Chemann seiner Geliebten erschossen wurde am Sonntag vormittag der 37 Jahre alte Arbeiter Diekmann aus der Eidenauer Straße 1. D. stand in Beziehungen zu der Schächterin Frau Dreher, die, von ihrem Manne getrennt, seit zwei Monaten mit zwei Kindern im Alter von 4 und 5 Jahren in der Danziger Straße 37 im vierten Stock des Seitenflügels wohnt. Dreher, ein Mann von 37 Jahren, der in der Stargarder Str. 6 in Schlafstelle

wohnt, kam um 10 Uhr nach der Befragung seiner Frau und fand Diekmann bei ihr. Vor Wut zog er sofort sein Messer und stach auf den Nebenbuhler ein. Dieser floh, nur mit dem Hemd bekleidet, die Treppe hinunter nach der Frenzlauer Allee zu. Dort aber brach er betäubtlos zusammen. Man brachte ihn nach dem Kronenhaus am Friedrichshain, wo der Arzt eine Verletzung der Schlagader konstatierte. Bald nach der Einlieferung starb D. Dreher ergriff nach der Tat die Flucht, er wurde jedoch bald festgenommen.

Nach einer anderen Meldung lebte Frau D. seit zwei Monaten von ihrem Manne getrennt. Dreher, der die Scheidungsklage einreichen wollte, begab sich nun nach ihrer Wohnung, um sich Papiere, die sie an sich genommen hatte, zu holen. Auf sein Klingeln öffnete ihm seine Frau selbst. Raum hatte er die Wohnung betreten, da sprang ihm Diekmann, der eben erst das Bett verlassen hatte, im Hemde mit gezücktem Messer entgegen. Dreher erweichte sich des Angriffs, und versuchte ihm das Messer zu entreißen. In dem Handgemenge traf nun Dreher mit dem Messer, das er ihm entwendet hatte, seinen Gegner so unglücklich am Hals, daß die Pulsader durchgeschlagen wurde. Der Verhaftete bestreitet, ein Messer bei sich gehabt zu haben, weil er lediglich die Absicht gehabt habe, seine Papiere zu holen. Die Verletzung, die den Tod Diekmanns zur Folge hatte, sei lediglich auf einen unglücklichen Zufall bei dem Ringkampf zurückzuführen. Diekmann konnte nicht mehr vernommen werden. Dreher wurde in Haft behalten.

Ein Mann, der sich zu helfen weiß, scheint der Eigentümer des Hauses Nr. 12 in der Hächste Straße zu sein. Der betreffende Herr hat in seinem Hause auch Kellerwohnungen, die er für gutes Geld an arme Leute vermietet. Dieweil reiche es vorziehen, in besseren Wohnungen zu leben. Ein solches „Heim“ im „lühlen Grunde“, das seiner Verfassung nach eher einer Tropfsteinhöhle, denn einer menschlichen Behausung gleicht und in der deshalb nachträglich von der Polizei das Wohnen untersagt worden ist, hatte vom 1. April dieses Jahres ab der Schneider P. befohlen. P. hat eine Frau und acht Kinder, von denen das letzte fünf Wochen alt ist. Die Frau trägt ebenfalls durch Röhren zum Brot-erwerb mit bei. Durch das Wochenbett der Frau waren die Leute nun in ihrem Verdienst etwas zurückgekommen, außerdem hat das Familienereignis auch Geld gekostet, und da die Frau keinerlei Unterstützung und Pflege erhalten hatte, mußte sie am dritten Tage schon wieder an ihre Arbeit. Am 1. August konnten sie nun die Miete für einen Monat nicht zahlen, sie erboten sich aber, das Geld bis zum 15. August zu beschaffen. Wie die Frau versichert, habe der Wirt auf das Anerbieten hin geäußert, daß er nicht warten wolle, und überhaupt möchte er sie raushaben, es wären ihm schon zu viel Kinder. Außerdem soll der Herr noch geäußert haben, daß die Stadt für die Kinder der Armen nur immer berappen müsse. Hunde seien viel besser wie Kinder, die brächten wenigstens Steuern ein. (1)

Die Frau habe hierauf erklärt, daß sie für ihre Kinder noch nie Unterstützung, weder von der Stadt, noch von sonst jemandem erhalten habe. Die Hauptsache kommt nun aber erst. Um die Familie mit den acht Kindern, die nach der angeleglichen Äußerung dem Hauswirt weniger wert zu sein scheinen als acht Hunde, aus der Kellerwohnung zu bringen, ließ der Hauswirt in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Fenster und Türen aushängen, so daß die ganze Nacht über die läßle Luft überall Zutritt hatte. Die Leute suchten sich durch Decken und Lächer, die sie vor die Öffnung hingen, gegen die schädliche Zugluft zu schützen, konnten aber doch nicht verhindern, daß unausgesetzt der Wind durch die Räume jagte. Die Kinder weinten vor Kälte, und der Säugling hat eine starke Erkältung davongetragen. Anderen Tags ging die Frau zur Polizei, die den Hauswirt veranlaßte, die Wohnung wieder ordnungsgemäß herzurichten. Mit dem Aushängen der Fenster und Türen hatte sich der Eigentümer aber noch nicht begnügt, sondern hatte obendrein auch noch das Wasser abgestellt. Die Leute sind denn auch ausgezogen und haben eine neue Wohnung gefunden.

Wohnliche Fälle sind ja schon öfter vorgekommen, der geschilderte aber ist in seiner Härte und Straßheit wie geschaffen, die Wohnungs-misere der armen Leute in der Reichshauptstadt blühend zu beleuchten.

Der Fall ist des weiteren auch besonders den bürgerlichen Zeitungen, Sozialpolitikern und Vaterlandsfreunden zur besonderen Beachtung zu empfehlen, die gerade in den letzten Tagen ein gewaltiges Lamento angestimmt haben, über den Geburtenrückgang in Deutschland und seine Ursachen und die schärfsten Strafen fordern für diejenigen, die der Konzeption vorbeugen.

Beim Rangieren eines Zuges wurde am Sonntag vormittag gegen 8 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof der Lokomotivführer Paul Ringl aus der Gehlerstr. 3 zu Schöneberg von einer Lokomotive erfaßt und überfahren. Der Bedauernswerte kam so unglücklich zu liegen, daß ihm ein Bein vollständig zermalmt wurde. In bewußtlosem Zustande wurde er mit einem Krankenwagen nach dem Elisabethkrankenhaus geschafft, wo das zerstückelte Bein amputiert werden mußte. Ringl ist verheiratet und Familienvater.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der Nacht zum Sonntag am Lauffer Platz 11. Im Erdgeschoß des Hinterhauses wohnt dort der 45 Jahre alte Arbeiter Paul Hellwich, der in der Rittersnachtsstraße etwas angeheuert heimlehrt. Als er mit einer brennenden Tischlampe hantierte, kam er der Flamme zu nahe, so daß seine Kleider in Brand gerieten. Im nächsten Augenblick brannte er schon lichterloh, und laut um Hilfe schreiend lief er auf den Hof hinaus. Hausbewohner eilten sofort hinzu und erlitten das Feuer an dem Körper des Mannes. Der Unglückliche hatte aber schon sehr gefährliche Brandwunden davongetragen. Er wurde von Samaritern der inzwischen alarmierten Feuerwehr notdürftig verbunden und dann mit einem Tender der Feuerwehr nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht.

Der Storch auf dem Bahnsteig. Eine Ueberraschung eigener Art gab es am Sonntagnachmittag auf dem Bahnhof Gellinow. Die in Waldmannsdorf wohnhafte Ehefrau Anna S. wollte soeben einen Vorortzug besteigen, als sich plötzlich der Storch bei ihr einstellte. Auf dem Bahnsteig erblickte ein kräftiger Knabe das Vieh der Welt. Andere Frauen nahmen sich der jungen Mutter und ihres Kindes an und sorgten dafür, daß beide nach einem Krankenhause gebracht wurden.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern früh in dem Eckhause Greifenhagener Str. 52—Kuglerstr. 34 im Norden Berlins zum Ausbruch. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als kurz nach 5 1/2 Uhr schon aus mehreren Stellen des Daches Flammen hervorströmten. Bei Anlauf der Feuerwehr brannte dann der Dachstuhl des Vorderhauses schon lichterloh. Erst nach zweifelhafte Tätigkeit gelang es der Wehr, die Gewalt des Brandes zu brechen. Der Dachstuhl ist vollständig ein Raub der Flammen geworden und an einer Stelle ist auch die Decke nach dem vierten Stock durchgebrannt, so daß in dieser Wohnung großer Schaden, entstanden ist. Die vollständige Ablösung der Brandstelle und die Aufräumarbeiten hielten die Feuerwehr noch bis gegen Mittag fest.

Eine falsche Selbstbeziehung. Ein fremdes Kind sollte, wie berichtet, die 23jährige Frau Verlet aus der Löwestr. 12 ertränkt haben. Statt des eigenen habe die geistesranke Frau ein ihr völlig fremdes Kind in Ober-Sabotweide aufgegriffen und sei mit diesem bei Pirichgarten ins Wasser gegangen. Auf Grund der Selbstbeziehung wurde die Frau als Verlangene einem Krankenhaus zugewiesen. Wie nunmehr gemeldet wird, ist die Frau wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die behördlichen Nachforschungen ergeben haben, daß sich Frau V. zu Unrecht eines Kindesmordes beschuldigt hatte. Ihr eigenes Kind, das sie ertränkt haben wollte, befindet sich noch wohl bei einer Familie in Reutshän in Pflege.

Auch die Nachricht von einer Kindesverwechslung entspricht nicht den Tatsachen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend begann mit dem 1. Juli ihr 14. Geschäftsjahr. Der Monat Juli bringt alljährlich einen geringeren Umsatz wie der Juni. Es hat dies seine Ursache darin, daß in diesen Monat die großen Ferien fallen, wodurch viele Berliner verreisen und dadurch vom Wareneinkauf in der Genossenschaft abgehalten sind.

Der Umsatz im Juli betrug den Juliumsatz 585 692,71 M., in diesem Jahre 899 600,45 M., das ist eine Steigerung von 53 007,74 M. oder 9,21 Proz. In der Bäckerei stieg die Produktion gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 108 Brod.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum gestrigen Montag an der Ecke der Schönhauser Allee und Weidner Straße. Dort wollte gegen 12 Uhr nachts die 52-jährige Witwe Marie Kull aus der Schönhauser Allee 158 den Fahrbahn überfahren.

Madonnen im Olympiapark. Der Große Preis von Berlin, der seit langen Jahren eines der bedeutendsten Rennen der Reichshauptstadt, sah auch an diesem Sonntag ein erstklassiges Feld der besten internationalen Dauerfahrer und Fahrer am Start.

Die Fahrer waren durch Ellegard (Dänemark), Hourlier (Frankreich), Moretti (Italien) und die Deutschen Lorenz, Meher und Mitt vertreten. Die Vorläufe wurden von je zwei Fahrern bestritten, deren Sieger und Zweite je einen Lauf machten und zum Schluß traten alle sechs Fahrer an.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt am Dienstag noch einmal der Vortrag „In den Dolomiten“ zur Darstellung. Am Mittwoch wird der Vortrag „Ueber den Brenner nach Benedig“ gehalten.

Vorort-Nachrichten.

Abchlussfeier. Vom schönsten Wetter begünstigt fanden am Sonnabend die Ferienspiele, die die sozialdemokratischen Frauen Kreislösung für die Arbeiterkinder veranstaltet hatten, ihren Abschluß durch ein Fest im „Karlsgarten“, das durch die materielle Beihilfe des Wohlfahrtsvereins ermöglicht wurde.

Ein kleines Kind wurde vorgestern Abend kurz vor 10 Uhr auf der Kellerterrasse des Hauses Reuterstr. 23 aufgefunden. Das Wesen, ein Mädchen von ungefähr acht Tagen, war in eine weiße Schürze, einen blauen Unterrock und einen grauen Kleiderrock gewickelt.

Vermiſt. Seit 3. August wird die 16-jährige Johanna Holland, die bei ihren Eltern in der Reineſtr. 11 wohnte, vermißt. Sie hatte kurz zuvor zu ihrer Mutter gesagt, daß sie nach Amerika wolle, was letztere aber als Scherz aufnahm.

Marientorf. Eine Verfügung eigener Art hat die neue Amtsverwaltung herausgegeben. Die Nachtwächter haben sich abends vor Dienstantritt und morgens um 4 Uhr beim Abtritt vom Dienst in der ganz aus dem Ort gelegenen Polizeiwache in der Tempelhofer Straße zu melden.

Vichtenberg. Ein größerer Brand, durch den ein Grubeſte eine unliebsame Störung erlitten hat, kam am Sonntagabend um 8 1/2 Uhr in der Laubenzolonie an der Röderſtr. 23/26 aus noch nicht aufgekärter Ursache zum Ausbruch.

Schöneberg. Festnahme einer sechsſtöpfigen Eindrehersbande. Die Ausdrämmung eines großen Geſchloſſes, in dem sich noch viele Wertsachen voll gestohlene Waren, von deren Inhalt die Polizei noch keine Anzeige und die Betroffenen noch keine Kenntnis hatten, sowie die Verhaftung der Eindrehersbande ist der Kriminalpolizei gelungen.

Ober-Schöneweide. In hiftischem Zustande ist gestern früh im Ortsteile Ostende eine unbekannt geisteskranke Frau aufgefunden worden. Die etwa 75-jährige Frau lag völlig erschöpft am Ufer der See.

Weihenſee. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabendmittag auf einem Rieſelfeld im benachbarten Wartenberg. Der achtjährige Erwin Quandt, Sohn eines Wollereibeſizers aus Berlin, Wartenbergſtr. 2, wurde von seinem 17-jährigen Bruder mit einer Sense verſehenlich so schwer verletzt, daß er in ſchmerzloslosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Reinickendorf. Aus der Gemeindevetretung. In der letzten Sitzung wurde Genosse Guriſch als neu gewählter Gemeindevorſtand eingeführt. Unangenehm berührte es, als der Bürgermeiſter dem neuen Vertreter der dritten Abteilung seine „väterlichen Ermahnungen“ gab.

Die juristische Oberbehörde findet Bienenstraße 69, vorn über Treppen — Fahrkarte! — wochentags von 6 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr abends halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrags ist ein Buch und eine Zahl aus Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbescheinigung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberbehörde vor.

Rühmernam begeistert für die Bewilligung ein, natürlich aus dem Gemeindefeſel, nicht aus seinem eigenen. Die Annahme der Bewilligung wurde verhindert, indem unsere Genossen die Sitzung verließen, denn die Zurückbleibenden waren nicht mehr beschlußfähig.

Königs-Wusterhausen.

Zur Gemeindevahl! Morgen, Mittwoch, den 14. August, findet die Gemeindevetretewahl der 3. Klasse statt. Das Wahllokal befindet sich im Hotel Pfuhs (Inhaber Grabow).

Die Arbeiterschaft wird in lechter Stunde nochmals aufgefordert, eine rege Propaganda für die Wahl zu entfalten. Es ist die unbedingte Pflicht eines jeden wahlberechtigten Einwohners, der das Allgemeinwohl im Auge hat, am Mittwoch sein Wahlrecht auszuüben, und seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Lagerhalter Wilhelm Plekies, zu geben.

Die Parteigenossen werden noch erucht, an der heute Dienstagabend 7 Uhr vom Lokal Heiderich aus stattfindenden Flugblattverbreitung recht rege teilzunehmen.

Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung hatte sich mit der nächsten Kreisgeneralversammlung zu befassen. Wegen den bekannten Antrag, bei der Besichtigung der Kreisgeneralversammlung das Proportionalwahlsystem anzuwenden, wandelten sich alle Genossen. Die Versammlung beauftragte ihre Delegierten, dagegen zu stimmen, weil das Proportionalwahlsystem bei der Zusammenlegung einer Körperschaft, wie der Kreisgeneralversammlung, nicht notwendig sei.

Gerichts-Zeitung.

Die Vorliebe des zarten Geschlechts für das „Erotische“ war die Ursache zu einem „Rassentkampf“ eigener Art gewesen, welcher gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein gerichtliches Nachspiel hatte.

Die drei Angeklagten befanden sich eines Abends in einem Lokal in der Dennewitzstraße, in welchem seit einiger Zeit auch ein Neger namens Ven Rasso verkehrte. Dieser schien eine besondere Anziehungskraft auf die beiden Töchter des Wirts auszuüben; denn diese beschäftigten sich ausnahmslos mit dem „interessanten“ Herrn aus fremden Ländern.

Das Gericht sah die Sache milde an und erlachte auf je 20 M. Geldstrafe mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten.

Automobilhieb.

Automobilhiebe und ihre Helfershelfer mußten sich gestern unter der Anlage des schweren Diebstahls, der Wehlfische hierzu und des Rückfallbetruges vor der Ferienstrassammer verantworten.

Der Angeklagte Rabe hatte schon mehrfach an den in Hamburg ansässigen Automobilhändler Anabe Automobile verkauft, die durch Konfusion der Begriffe „mein“ und „dein“ erworben waren. Als Rabe wieder ein Automobil liefern sollte, setzte er sich mit den Angeklagten Duffe und Klatt in Verbindung, die der Polizei längst als „Automobilhieb“ bekannt sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Oberbehörde findet Bienenstraße 69, vorn über Treppen — Fahrkarte! — wochentags von 6 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr abends halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrags ist ein Buch und eine Zahl aus Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbescheinigung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberbehörde vor.

Bekannt. — C. H. Poitdam 1890. Anmeldungen zum Reichlichen Kursus sind zu richten an das Polizeipräsidium zu Berlin, Abteilung II b. Alles Nähere erfahren Sie dort. — **Grunde?** Hierfür steht uns leider kein Quellenmaterial zur Verfügung. — **H. R. 575.** Wenden Sie sich an die Gesellschaft für private Fürsorge, Berlin W. 35, Plottowstraße 4. — **G. R. 100.** Der Ort der Herstellung allein bedingt den Prozentgehalt nicht. Auch bei den von Ihnen angeführten Sorten ist derselbe jeweilig schwankend zwischen 3,5—8,17 Proz.

Marktfbericht von Berlin am 10. August 1912, nach Ermittlung des k. u. l. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel)
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—31,00. Bohnen 40,00—41,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 7,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 80 Stück Eier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,40. Sale 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,60. Hechte 1,60—2,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,60—1,60. 60 Stück Krebse 1,00—4,00.

Witterungsübersicht vom 12. August 1912.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Emmende	755	SW	4	wolkig	14	Saparanda	759	DND	4	heiter	21
Hamburg	758	SW	4	bedeckt	12	Petersburg	751	D	2	wolkig	14
Berlin	759	SW	4	wolkig	13	Sibir	758	D	5	bedeckt	11
Frankfurt	764	SW	3	Dunst	12	Herbein	763	SW	2	bedeckt	10
München	764	SW	3	bedeckt	12	Paris	764	SW	1	Regen	12
Wien	762	SW	3	wolkig	14						

Wetterprognose für Dienstag, den 13. August 1912.
 Nimmlich kühl, vielmal wolkig mit leichten Regenfällen und zeitweise starken westlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 11. 8.	seit 10. 8.	Wasserstand	am 11. 8.	seit 10. 8.
Remel, Mitt	82	—	Saale, Großh	98	+19
Regel, Osterburg	—32	+5	Saale, Spanbau	18	0
Reichel, Thon	90	+6	Saale, Naizenow	0	—4
Ober, Kottbor	176	—30	Spre, Spremberg	102	—18
• Krossen	167	—4	• Weßtau	79	+2
• Frankfurt	176	+2	• Weßtau, Rinden	96	+8
• Barthe, Schrumm	—10	—2	• Rinden	167	—1
• Landdsberg	—21	+11	• Rhein, Maximiliansau	582	—11
Rege, Borsdam	—12	—11	• Raub	328	+8
Elbe, Reitmeritz	95	—27	• Rölln	291	+5
• Dresden	—16	+16	• Redar, Heilbronn	106	—5
• Barby	200	+40	• Rain, Lanau	117	0
• Magdeburg	148	+35	• Roßel, Leter	10	—2

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Beachten Sie Eines!

Die Firma **Heinr. Franck Söhne** in Ludwigsburg, deren Qualitätsfabrikate sich seit Generationen bewährt haben, hat mit ihrem „Kornfranck“ (Roggenmalzkaffee) das Vollkommenste geschaffen, was auf dem Gebiete des Getreidekaffees überhaupt geleistet werden kann. Die Fabrikation der Franck-Spezialitäten („Aecht Franck“ und neuerdings „Kornfranck“) gilt in der ganzen Welt wegen ihrer Appetitlichkeit als vorbildlich. Das qualitativ Beste ist seit jeher das wahrhaft Billigste gewesen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbureau: **Sof. III.**
 Amt Norden, Nr. 1289. **Charlottenstraße 3.** Amt Norden, Nr. 1987

Dienstag, den 13. August:
Bezirks - Versammlungen
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
 in folgenden Lokalen:

- Norden: **Pharussäle, Müllerstr. 142,** abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: **Obiglio Festsäle, Schwedter Straße 23,** abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: **Frankes Festsäle, Bahstr. 19,** abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: **Kronen - Brauerei, Mi-Moabit 47—49,** abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: **Wohlfahrts Festsäle, Reindendorf, Gäßhornstr. 18,** abends 8 Uhr.
- Westen und Schöneberg: **Gesellschaftshaus des Westens, Schönberg, Hauptstr. 30/31,** abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: **Comeniusäle, Memeler Straße 67,** abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: **Restaurant J. Ertelt, Pfarrerstraße 74,** abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: **Café Bellevue, Hauptstr. 2,** abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke: **Rohenstufen-Säle, Reibniser Damm 76,** abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: **Prälaken, Scherstr. 122,** nachm. 5 1/2 Uhr.
 Bericht der Bezirksleitung und Neuwahl derselben.
- Neukölln: **Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49,** abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: **Volkshaus, Rosinenstr. 3,** abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: **Schellhases Festsäle, Hornstraße 15,** abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: **„Zum Gold. Hirsch“, in Köpenick, Friedrichshagen Str. 1,** abends 8 Uhr.
- Ober-Schöneweide: **Prochowski, „Bereinshaus“, Schillerpromenade 13,** abends 8 Uhr.
- Spandau: **Schuberts Restaurant, Kurstraße 21,** abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur Generalversammlung.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
 Die Ortsverwaltung.

Restaurant Wald-Jdyll

Schmückwitz i. d. Mark.
 Kuchant von Schilke-Bieren. — Auerkannt gute Küche.
 Ind.: Ernst Noack. Telefon: Reußen 31.

Gesundbrunnen. Großer Laden mit mög-
 lichst zwei Eingängen,

Gegend Vellermannstraße, per Isort event. 15. September
 b. A. gesucht. Langfristiger Mietvertrag Bedingung. Gef.
 Offerten unter R. 203 Werkmann's Annoncenbureau, Alexander-
 platz 1, erbitten. 227/196*

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Holzbildhauer. Achtung!
 Dienstag, den 13. August, abends 8 Uhr,
 in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:
Außerordentliche Mitgliederversammlung
 der Holzbranche.

Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. — 2. Fragen aus der gewerkschaftlichen Entwicklung.
 Referent: Kollege **Welfer**. — 3. Was erwarten die Kollegen von der jetzigen
 Geschäftslage? — 4. Verschiedenes.
 Pflicht aller Kollegen ist es zu erscheinen.
 Die Branchenkommission.

Stoffe Wer—Stoff—hat!

Beste Angas oder Valetot nach Maß,
 von 20 M. an, gute Zutaten, auf
 Rohhaar, 2 Anpr. Garantiert
 tabelloser Stk. 124/12*
!! Von meinem Stoff!!
 Ang. od. Valetot, neueste gute Stoffe
 von 40 M. an.
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II
 (Alexanderpl.)
 Gegründet 1892.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
 Petrikirche.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Betonbaubranche!
 Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.
 Donnerstag, den 15. August 1912, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Egelufer 15, Saal 1:

Gipsbaubranche!
 Putzer, Träger und Rabißspanner.
 Freitag, den 16. August, abends 8 Uhr, bei Jannasch,
 Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlungen
 Tagesordnung:
 1. Bericht über das Resultat der Bauteilkontrolle. 2. Dis-
 kussion. 3. Besprechungsgegenstände.
 Pflicht eines jeden im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten
 Kollegen ist es, die Versammlung seiner Branche zu besuchen und erwartet
 zahlreicher Besuch.
 Der Sektionsvorstand.

Von Mittwoch, den 14. August,
 an wieder jeden Mittwochnachmittag
 die berühmten
Grüdwürstchen.
**Wurf-Meyer, Brunnen-
 straße 6.**

**Sparfame Hausfrauen 1907b*
 hört! hört!**
 Regenschirme haunend billig,
 kein Regen, in der Fabrikneber-
 lage **Alexandrienerstr. 121,**
 1. Etage rechts.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Laden).

Soeben erschien: 246/20
Die Wertzuwachssteuer.
 Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
 Von Albert Südekum.
 (Teil 12 der Sozialdemokratischen
 Gemeindepolitik.)
 Preis 1 M.
 Vereinsausgabe 40 Pf.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Wollen-Reste! Moquette.
 Pflüsch-Satteltaschen.
 Muster bei näherer Angabe
 franko.
Emil Lefèvre, Berlin Süd, 158.
 Oranienstr.

Manoli
 Cigarettes
 Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Kios Cigaretten
 Kurprinz 3 Pig
 Fürsten 4
 Welt-Machi 5
 Auto-Klub 5
 Aero-Klub 10
Kios-B.Z.
 Cigarette
 Stück 4 Pfennig.

